

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Telefon: Rini Dönhoff 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 24. Juni 1930

Der 30. Juni.

von Wilhelm Sollmann.

SPD. Im Sommer 1919 hat der Sozialdemokrat Hermann Müller in Versailles das Friedensdiktat unterzeichnet. Im Sommer 1930 spricht derselbe Sozialdemokrat Hermann Müller auf der Freiheitsfeier am Rhein, nachdem seine und Stresemanns Aussenpolitik die Besatzungsfrist um 5 Jahre verkürzt hat.

Wir Sozialdemokraten sind keine Freunde rauschender Befreiungsfeiern. Es gibt in der deutschen Republik nach innen und nach aussen noch soviel zu befreien, dass uns nicht nach dem alten patriotischen Festlied zu Mute ist: "Nun lasset die Glocken von Turm zu Turm, durchs Land frohlocken im Jubelsturm...". Dennoch: den ersten Siegestag der Republik, den grossen geschichtlichen Erfolg der Verständigungsidee, die von uns getragen worden ist, wollen wir Sozialisten uns nicht verkleinern lassen.

Die Nationalisten aller Grade in Deutschland haben an diesem 30. Juni ein schlechtes Gewissen. Darum werden sie umso lauter singen und rufen und die Beine umso höher werfen im Parademarsch unter schwarzweissroten Fahnen, Ja, was denn Schwarzweissrot? Dieses Symbol des geschlagenen Kaiserreichs hat keinen Anteil an diesem Freiheitstag. Es erinnert uns an die Tage des Zusammenbruchs, als unsere von politischer Unfähigkeit und militärischem Hasardspiel in die Niederlage getriebenen tapferen Truppen die letzten schwarzweissroten Fahnen in die Heimat trugen. Was seitdem zur Befreiung der Rheinlande geschah, ist alles unter Schwarzrotgold getan worden - gegen den Widerstand, gegen den Widerspruch der Schwarzweissroten. Unter ihren Schmähungen, unter ihren Drohungen, ja unter den stählernen Klingen ihrer Mordwaffen. Das ist die traurige aber die volle Wahrheit.

Das Gewissen unserer Nationalisten ist schlecht, weil sie nie aktive Aussenpolitik eines entwaffneten Volkes für möglich gehalten und daher alles getan haben, um dieser Aussenpolitik jeden Erfolg zu rauben. Es hat von Hermann Müller über Stresemann bis Curtius kein deutscher Aussenminister gelebt, den diese Nationalisten nicht als vom Ausland gekauft und bestochen verleumdet hätten. Einen davon, Walther Rathenau, einen der Bahnbrecher für die Befreiung, haben sie ermordet, weil er, der feinsinnige Jude, diesen engen Köpfen ungreiflich war.

Kein Deutschnationaler, kein Völkischer, kein Nationalsozialist, kein Landbündler hat je an den Abmarsch der Besatzungstruppen ohne Freiheitskrieg geglaubt. Sie haben sich alle in ihren Prophezeiungen und in ihren Mitteln schwer geirrt. Die Republik und die Republikaner haben der Welt bewiesen, dass auch ein waffenloses Volk zu einem Faktor europäischer Politik werden kann, wenn seine wirtschaftlich und geistig führenden Schichten einen festen aussenpolitischen Willen haben.

Inmitten der Wirtschaftsnot, inmitten der Sorgen und Kämpfe um Steuern- und Löhne und Sozialpolitik darf die deutsche Sozialdemokratie einen Augenblick

Atem holen, um auf das zurückzublicken, was unter ihrer entscheidenden Mitwirkung für Deutschland und Europa aussenpolitisch geschehen ist.

Wir haben das grösste Unglück abgewehrt, das für das Europa der nächsten Jahrzehnte denkbar war: die Loslösung der Rheinlande in irgend einer politischen Form von Deutschland, und damit einen dauernden Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland. Einen Konflikt, der, genau wie die Annexion Elsass-Lothringens im Jahre 1871, beinahe zwangsläufig zu einem neuen deutsch-französischen Kriege hätte führen müssen.

Wie nahe wir der Gefahr eines Rheinstaates unter französischem Protektorat in den Jahren 1919 bis 1923 mehr als einmal waren; darüber machen sich einstweilen nur wenige Unterrichtete in Deutschland eine klare Vorstellung.

Der erste separatistische Vorstoss Anfang Dezember 1918 wurde von den sozialdemokratischen Arbeiter-Soldatenräten allein abgewehrt. Die "Dolchstössler" die "Landesverräter" allein waren es, die eine Bewegung niederschlugen, deren Führer angesehene Bürger und Patrioten waren. Keiner unserer grossen Nationalisten war damals auf weiter Flut zu sehen. Erst später bekamen wir Verbündete auf dem Bürgertum. Aber auch dann noch hätte nie der Separatismus besiegt werden können, wenn die Sozialdemokraten auch nur abseits gestanden hätten. Wir haben das Recht und die Pflicht das immer wieder auszusprechen, weil dennoch immer wieder die schimpflichsten Beschuldigungen auf unsere Partei niederhageln.

Ist der aussenpolitische Erfolg dieses 30. Juni 1930 wirklich so gross? Die Antwort gebe ein Rückblick auf das Jahr 1923: Fremde Truppen bis tief nach Westfalen hinein, die Eisenbahnen in fremder Regie, die Kohlengruben und grosse Industriewerke besetzt, Zollgrenze gegen Deutschland, Beamte, Eisenbahner und viele andere Rheinländer ausgewiesen, Militärjustiz, die deutsche Staatsgewalt im besetzten Gebiete so gut wie verschwunden, Separatistenaufstände unter französisch-belgischen Bajonetten, Erstürmung der öffentlichen Gebäude, Separatistische Regierung in Koblenz, Verhandlungen über eine eigene rheinische Währung, Vordringen des Gedankens im Reiche, das Rheinland vorübergehend preiszugeben, Währungskatastrophe in Deutschland, Unruhen in Sachsen und in Thüringen, Aufstände in Pommern und in Hamburg, Hitlerputsch in München. Alle paar Tage Reden Poincarés, dass die Besatzungsfristen noch gar nicht zu laufen begonnen hätten. Damals gab es kaum einen "nationalen" Mann in Deutschland, der noch an die friedliche Lösung der Rheinfrage geglaubt hätte.

Die Sozialdemokratie hat diesen Glauben in den tollsten Wirren und im Tiefstand des nationalen Pessimismus bewahrt und hochgehalten. Der Erfolg hat uns recht gegeben und nicht denen, die leichter und öfter als wir reden von Nation und von Vaterland.

Unter Schwarzrotgold gewinnt mehr und mehr das republikanische Reich seine Freiheit und seine internationale Gleichberechtigung zurück. Wie würden unsere Todfeinde jubeln, wenn unter ihrer Regime die letzten fremden Truppen den Marschbefehl erhalten hätten. An Jubel nehmen wir es gewiss mit den nationalen Phrasen nicht auf. In diesen Wettbewerb treten wir nicht ein. Überlassen wir den andern die Gesänge von Rhein und Wein, von welschem Tand und deutscher Hermannstreue, von Husaren heraus und juchheirassassa. Unser Stolz ist die grosse politische Tat! Die Befreiung ist das Werk der Republik, ist ein Triumph des sozialistischen Verständigungswillens.

Das Rheinland ist befreit. Einer der dichten Stacheldrähte zwischen Deutschland und Frankreich ist niedergerissen. Gehen wir ans Werk, auch die anderen niederzulegen. Unser Element ist nicht das Fest, sondern die kämpfende Arbeit. Mitten im Befreiungstaumel der anderen arbeiten wir mit unseren französischen Freunden schon an dem grossen Ziele des Jahrhunderts: Europa!

SPD. Stettin, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Hügenbergs Ufa hat Stettin mit einem Skandal beschert, der hinter den Grosstädtskandalen der letzten Zeit nicht zurücksteht.

Die Ufa baute in Stettin ein riesiges Haus mit Lichtspieltheater, Café und Restaurant. Zum Bewirtschafter des Cafés und des Restaurants erschien auf Empfehlung der Ufa ein unbekannter Pächter, der sich Otmar nannte. Dieser Tage wurde von der Polizei festgestellt, dass sich hinter diesem Otmar ein Herr Kulicke aus Berlin versteckt, der von mehreren Polizeibehörden wegen Betrug gesucht wird. Kulicke liess alle Räume des Palastes auf das luxuriöseste und modernste ausstatten und zwar auf Kosten anderer Leute. Am Montag wurde der Kriminalpolizei mitgeteilt, dass Kulicke mit seiner Frau und seiner Kontoristin spurlos verschwunden sei. Vorläufig konnte nur festgestellt werden, dass er sich nach Holland gewandt hat. Die Firma, die die Ausstattung des Cafés besorgte, hat an den Pächter allein eine ungedeckte Forderung von über 35 000 Mark. Die Gesamtschulden dürften 100 000 Mark übersteigen.

Als die Flucht am Dienstag früh in Stettin bekannt wurde, kam es vor dem Ufa-Palast zu erregten Aufläufen der Lieferanten, in der Hauptsache kleiner Geschäftsleute, die zeitweise Miene machten, die riesigen Glastüren des Lichtspielhauses und des Restaurants einzuwerfen. Café und Restaurant sind seit Dienstag geschlossen. Auch die Café-Haus-Kapelle ist für die letzte Zeit um ihren Lohn betrogen worden. Das letzte Opfer war ein Chauffeur, den der Pächter am Tage vor seiner Flucht engagierte und ihm bei dieser Gelegenheit eine Kautions von 2 000 Mark abnahm.

SPD. König Alfons von Spanien hat zum ersten Male seit dem Sturz Primo de Riveras wieder sein Land verlassen. Sicherlich nicht leichten Herzens hat er seine alljährliche Reise nach London angetreten, auf die zu verzichten ein weithin sichtbares Eingeständnis der kritischen Lage der spanischen Monarchie gewesen wäre.

Unterwegs hat sich König Alfons in Paris aufgehalten und es scheint, dass die in der französischen Hauptstadt geführten Gespräche von der allergrössten Bedeutung für die Zukunft Spanien sein werden. Das gilt vor allem für die Verhandlungen, die er mit dem in Paris lebenden Politiker Santiago Alba geführt hat. Der König hat diesem die Bildung der Regierung angeboten. Offenbar hat er selbst das Gefühl, dass die Lösung, die er nach dem Sturze Primos wählte, indem er einen anderen General, seinen persönlichen Freund Berenguer, mit der Kabinettsbildung betraute, auf die Dauer nicht genügt. Eben weil er ein Freund des Königs und ein General ist, vermag Berenguer kein Vertrauen zu erwerben, das Land zu beruhigen. Die republikanische Bewegung wächst und mit ihr die sozialistische. Fast aus jeder spanischen Stadt werden teils antimonarchistische Kundgebungen, teils soziale Unruhen, ab und zu sogar ein vierundzwanzigstündiger Generalstreik mit politischem Charakter gemeldet. Alfons, dem man verschiedenes nachsagen kann, nur nicht, dass er unintelligent ist, merkt, dass das gegenwärtige Regime die Katastrophe der spanischen Monarchie eher beschleunigen als aufhalten dürfte.

Deshalb ist er an Santiago Alba, einen ausgesprochen linksgerichteten Politiker, mit dem Angebot der Regierungsbildung herangetreten. Alba hat ihm folgende Bedingungen unterbreitet: Umwandlung des jetzigen Regimes in ein demokratisch-konstitutionelles nach englischem oder belgischem Muster, also parlamentarisch-demokratische Monarchie. Darüber hinaus soll Alba gefordert haben, dass sich der König schon jetzt damit einverstanden erkläre, die Konsequenzen daraus zu ziehen, falls sich die Mehrheit bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung für die republikanische Staatsform erklären sollte. In diesem Falle würde Alfons wenigstens Präsident auf Lebenszeit bleiben.

Nach den Mitteilungen des Pariser "Temps", der in solchen Dingen ein durchaus seriöses Blatt ist, soll sich Alfons mit diesen Vorschlägen Albas einverstanden erklärt haben. Das klingt zwar zunächst etwas phantastisch, aber bei genauer Überlegung erkennt man, dass dies der gescheiteste Schachzug wäre, den der König in der jetzigen Lage machen könnte. Er selbst hat dabei nichts zu verlieren, eher noch zu gewinnen. Seine persönlichen Interessen wären mit dieser Lösung gewahrt, da er gegen die Gefahren der Verjagung oder gar des gewaltsamen Todes, die die drohende republikanische Bewegung in sich birgt, gesichert wäre. Die Dynastie als solche wäre freilich damit erledigt. Aber eine Thronerfolge erscheint angesichts der schweren Gebrechen seiner beiden Söhne, der eine ist taubstumm, der andere ein "Bluter", ebenso wie der letzte Zarewitsch, - sowieso ausgeschlossen.

Der Vorschlag Albas bedeutet zwar noch keine wirkliche Republik, aber den Übergang zur Republik. Alba soll auch weiter gefordert haben, dass die ihm vom König angetragene Kabinettsbildung auf der Grundlage einer Koalition der Linksparteien stattfinden müsste, unter Einschluss der Republikaner und der Sozialisten. Auch dazu soll sich der König bereit erklärt haben.

Da der "Temps" alle diese Einzelheiten offenbar aus dem Munde Albas selber erfahren hat, dem Alfons nicht einmal Schweigepflicht auferlegt haben soll, dürften sie wohl zutreffen. Insofern hat das Pariser Blatt recht, wenn es jenen Sonntag, an dem in einem Pariser Hotelzimmer diese Verhandlungen zwischen Alfons XIII. und Santiago Alba stattgefunden haben, als den wichtigsten Tag in der spanischen Geschichte seit der Wiederherstellung der Monarchie vor 54 Jahren, nach kurzer republikanischer Unterbrechung, bezeichnet.

Das Echo dieser Nachricht wird in Spanien zweifellos ausserordentlich stark sein. Man darf gespannt darauf sein, wie sich die Linkskreise in Spanien dazu verhalten werden. Die konservativen und klerikalen Kreise dagegen, die bei dieser Lösung ihre traditionelle Vorherrschaft verlieren würden, werden sich wohl verzweifelt dagegen wehren, vielleicht sogar einen neuen Militärputsch inszenieren.

Einstweilen ist Alfons XIII. nach London weitergereist und er wird seinen dortigen Aufenthalt zweifellos dazu benutzen, um sich von der britischen Königsfamilie, der seine Frau entstammt, Rat zu holen. Bei der Unzuverlässigkeit seines Charakters ist es durchaus denkbar, dass er sich innerhalb einer Woche anders besonnen haben wird. Vorerst aber sieht es danach aus, als ob in absehbarer Zeit die Zahl der monarchistisch regierten Länder in Europa sich um eines vermindern dürfte.

SPD. München, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Haushaltsausschuss des bayerischen Landtags teilte der Innenminister am Dienstag mit, dass Bayern nach einer Erklärung der Reichsregierung als Hilfe für seine Ostgrenze 2 Millionen Mark aus der Veräußerung der reichseigenen Liegenschaften im besetzten Gebiet erhalten werde. Die Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Verwertung dieser Liegenschaften den Betrag von 40 Millionen Mark überschreitet.

Der Minister fügte dieser Fassung hinzu, dass sich die bayerische Regierung mit diesen 2 Millionen Reichshilfe nicht zufriedengeben könnte, denn die Grenznot im bayerischen Osten sei dem Grunde nach dieselbe wie im preussischen Osten, sie sei genau so eine Folge des verlorenen Krieges, wenn sie auch dem Grade nach im Vergleich zu Ostpreussen verschieden sei.

In der von der sozialdemokratischen Fraktion dazu abgegebenen Erklärung heisst es: "Die Haltung der Reichsregierung, die dem Grundsatz nach eine Hilfe für die bayerische Ostgrenze nicht zugestehen will, können wir nicht billigen. Angesichts des wirklichen Notzustandes im bayerischen Ostgebiet ist es völlig verkehrt, zu sagen, dass eine Hilfe nicht notwendig sei. Aus staatspolitischen

Gründen muss unter allen Umständen dem Osten geholfen werden, denn über die Tatsache kommt man nicht hinweg, dass wir früher an der Ostgrenze einen verbündeten Staat hatten, heute dagegen einen Staat mit starken Nationalisierungstendenzen. Die Reichsregierung hat die Pflicht, Hilfe auch für den bayerischen Osten zu gewähren."

SPD. Die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit werden nach einer am Dienstag getroffenen Vereinbarung in den Reichswirtschaftsrat verlegt. Ein Weiterverhandeln in der bisherigen Form hielten die Vertreter des ADGB für unzweckmässig. Die Gründe dafür bringen sie in folgender Erklärung zum Ausdruck:

"Die Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und der Gewerkschaften sind ausgegangen von dem Gedanken, für die Erwerbslosen in Gestalt einer Sonderzuwendung an die Arbeitslosenversicherung Hilfe zu bringen. Diesen Gedanken haben wir lebhaft begrüßt. Ferner sollte in gemeinsamer Aussprache geprüft werden, welche Ursachen der Arbeitslosigkeit zugrunde liegen, und es sollte versucht werden, Wege zu finden, die aus der Wirtschaftskrise herausführen. Die Senkung der Selbstkosten der Produktion sollte hierbei im Vordergrund der Beratungen stehen. Des weiteren sollte die Senkung der Ausgaben der Haushalte von Reich und Ländern und damit die Möglichkeit der Senkung der allgemeinen Steuerlasten besprochen werden. Wir erklärten uns bereit, an der Senkung der Selbstkosten der Produktion mitzuarbeiten, unter der Voraussetzung, dass die Preise gesenkt, die überhohen Gewinnspannen im Handel vermindert und die Kaufkraft des arbeitenden Volkes nicht geschmälert, sondern in der Folge erhöht wird.

Dieser ursprüngliche Plan wurde jedoch illusorisch gemacht durch die Entscheidung der Konferenz des Unternehmertums vom 3. Juni, die zu einer neuen Formulierung des Standpunktes des Unternehmertums führte. Diese neu formulierte Erklärung bedeutete eine Verschiebung der Verhandlungsbasis und wurde dadurch für die Gewerkschaftsvertreter unannehmbar.

Aber auch eine von den Gewerkschaften als gemeinsame Erklärung vorgeschlagene neue Formulierung wurde von den Unternehmervertretern als unannehmbar bezeichnet. Einer gemeinsamen Erklärung war dadurch der Boden entzogen.

Ein Versuch der Weiterverhandlung über einzelne Fragen wäre vielleicht nicht ohne Erfolg gewesen, wenn nicht Ereignisse eingetreten wären, die von der Öffentlichkeit in Zusammenhang mit diesen Verhandlungen gebracht und als deren Ergebnisse gewertet wurden; als erstes die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches von Oeynhausen, der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaus in der Schwereisenindustrie machte, ferner die Anträge der politischen Vertretung des Unternehmertums im Reichstage, der Deutschen Volkspartei, die auf einen Lohnabbau hinzielen. Nicht minder muss es in höchstem Grade befremden, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Herr von Siemens, ungeachtet der Verhandlungen der Spitzenverbände sich in einem Schreiben an die Reichsregierung gewandt hat, in dem unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn unzweideutig ein Lohn- und Gehaltsabbau gefordert wird, um Tarifierhöhungen zu vermeiden. Wenn einflussreiche Unternehmervertreter für ein öffentliches Unternehmen im Augenblicke der Verhandlungen der Spitzenverbände solche Vorschläge machen, so sind damit die Aussichten auf erfolgreiche Weiterverhandlungen unmöglich. Die Massenkündigungen in der nordwestlichen Gruppe deuten gleichfalls darauf hin, dass mit einer dem Wohle von Volk und Wirtschaft dienenden Fortsetzung der Verhandlungen nicht gerechnet werden könne. Dazu kommt noch die Nachricht, dass die Firma Krupp in Essen, trotz des Oeynhausener Schiedsspruches, den Antrag auf Entlassung von 7 % ihrer Belegschaft stellt, also trotz Lohn- und Preisabbau die Arbeitslosigkeit noch erheblich vermehren will. Zudem haben die alarmierenden

Mitteilungen der Presse, die den Zweck der gemeinsamen Verhandlungen häufig völlig entstellten, eine Atmosphäre geschaffen, die statt Vertrauen in der breiten Öffentlichkeit Misstrauen hervorriefen. Wir halten es daher nicht für zweckmässig die Verhandlungen fortzusetzen, weil die psychologischen Voraussetzungen, eine gemeinsame Aktion zum Wohle der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr gegeben sind."

Die Vertreter der Arbeitgeber konnten sich dem Eindruck der Schwierigkeiten die den weiteren Verhandlungen entgegenstehen, nicht entziehen, waren aber der Meinung, dass es zweckmässig sei, an anderer Stelle die Fragen der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit weiter zu besprechen. Man einigte sich schliesslich auf folgenden Weg:

"Die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind bei Fortsetzung ihrer Verhandlungen über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gelangt, dass es notwendig sei, diese Fragen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in dem sämtliche Wirtschaftszweige vertreten sind, zu erörtern. Die dazu erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet."

+ + +
Dass einer Fortsetzung der Besprechungen im RWR nicht die Bedeutung zukommt wie direkten Verhandlungen, liegt auf der Hand. Wer die direkten Verständigungsmöglichkeiten zerschlagen hat, ist ebenfalls klar: die Ungeschicklichkeiten der Regierung Brüning und die Herausforderungen der Unternehmergruppen, die Lohnabbau-Diktate nur durch Verhandlungsgesten etwas maskieren wollten. Mit zweideutigem Spiel löst man die grossen Fragen der Zeit nicht.

SPD. München, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Die monatelangen Verhandlungen der drei Regierungsparteien über die Deckung des 22 Millionen-Defizits im bayerischen Staatshaushalt sind nunmehr endgültig gescheitert, da der Bauernbund sich weigert, die im Deckungsprogramm des Finanzministers enthaltene Schlachtsteuer mitzumachen. Da der Bauernbund jedes Entgegenkommen ablehnte, und auch für jede andere Steuer, die seine ländlichen Wähler irgendwie mitbelasten könnten, seine Mitwirkung rundweg versagte, beschloss der Ministerrat am Dienstag, die Entscheidung über das ursprüngliche Deckungsprogramm des Finanzministers in offener Schlacht im Landtag zu suchen. Zu diesem Zweck geht die Vorlage über die Schlachtsteuer, die dem Staat eine Einnahme von rund 15 Millionen bringen soll, sofort dem Landtag zu.

Wie die Entscheidung ausfallen wird, ist völlig ungewiss. Ohne den Bauernbund hat die Regierung ihre bisherige Mehrheit im Parlament verloren und wenn sie auch mit dem Zuzug der 4 Abgeordneten der Deutschen Volkspartei rechnen kann, so hat es die Opposition jederzeit in der Hand, bei der Abstimmung über die Gesetzesvorlage durch Verlassen des Sitzungssaales das Haus beschlussunfähig zu machen. Kommt es tatsächlich zur Niederlage der Regierung, so steht in Aussicht, dass die Regierung nicht etwa die Konsequenzen zieht und zurücktritt, sondern der ihr von der Volksvertretung verweigerten Schlachtsteuer mit Hilfe des § 64 der bayerischen Verfassung, der dem Artikel 48 der Reichsverfassung entspricht, Gesetzeskraft gibt. Da die neue Steuer bereits ab 1. Juli wirksam werden soll, stehen im bayerischen Landtag schon für die allernächste Zeit schwere Auseinandersetzungen bevor.

SPD. Man tat sehr gut daran, all den Gerüchten, die im Laufe des Dienstags über die Lösung der Krise auftauchten, sehr misstrauisch gegenüberzustehen. Aber zum Schluss haben sich doch aus dem vielfältigen Gerede positive Anhaltspunkte für die Kenntnis der Regierungspläne ergeben.

Zunächst: Herr Dietrich ist grundsätzlich entschlossen, trotz den von sei-

ner Fraktion gehegten Bedenken das Amt des Finanzministers zu übernehmen. Seine Vorbedingung ist nur die, dass das Kabinett seinen Finanzreformprojekten zustimmt. Doch auch diese Zustimmung scheint sicher, obwohl die Deutsche Volkspartei dem Reichskanzler von ihrer ablehnenden Haltung Mitteilung gemacht hat, und man infolgedessen vorläufig nicht weiss, ob sie nicht möglicherweise noch ihren letzten Minister aus der Regierung zurückzieht.

Die Vorschläge Dietrichs haben in der Hauptsache folgenden Inhalt: Er will zunächst nicht das ganze Defizit von 750 Millionen decken, sondern sich in der Hauptsache auf die Sanierung der Arbeitslosenversicherung beschränken. Zu diesem Zweck ist er entschlossen, sich die bisherigen Pläne des Kabinetts im grossen und ganzen zu eigen zu machen. (Erhöhung der Beiträge, Abbau der Leistungen, Einschränkungen bei der Krankenversicherung). Ausserdem beabsichtigt er einen allgemeinen fünfprozentigen Steuerzuschlag auf die höheren Einkommen von 8400 Mark ab zu legen und ein zwei- bis dreiprozentiges Notopfer von den Einkommen der Beamten zu fordern. Daneben soll die Schankverzehrsteuer, die auch in den sozialdemokratischen Richtlinien angeführt wurde, in Kraft treten, und es scheint nur noch unklar, ob die eingehenden Beträge den Gemeinden verbleiben oder der Staatskasse zugeführt werden sollen. Auch von einer Aktion zur Preisherabsetzung durch Abänderung der Kartellgesetzgebung ist die Rede und schliesslich sollen Ersparnisse in Höhe von 100 bis 120 Millionen am Etat vorgenommen werden.

Das scheint so im wesentlichen das Programm zu sein. Der Regierung nahestehende Kreise verkünden, dass das Kabinett ohne Rücksicht auf die möglichen Konsequenzen zu diesem Programm stehen werde. Nun sind ähnliche Erklärungen von diesem Kabinett ja schon häufig genug abgegeben worden. Aber es sieht fast so aus, als ob diesmal ernst gemacht werden sollte, und man geht auch bereits über den einfachen Schwur, energisch bleiben zu wollen, hinaus. Angesichts der Haltung der Deutschen Volkspartei glaubt die Regierung nicht mehr an die Möglichkeit einer Erledigung ihrer Vorlagen auf dem geordneten parlamentarischen Wege. Sie will ihre Entwürfe in einem Ermächtigungsgesetz zusammenfassen und da sie mit dem Zustandekommen einer Mehrheit für das Ermächtigungsgesetz noch weniger rechnen kann, droht sie mit dem Artikel 48, der zunächst ohne vorherige Auflösung des Reichstags in Anwendung gebracht werden soll. Erst wenn eine Majorität des Parlaments von ihrem verfassungsmässigen Recht Gebrauch machen, die Aufhebung der auf dem Wege des Artikels 48 getroffenen Massnahmen fordern sollte, will man den Reichstag nach Hause schicken und Neuwahlen ausschreiben.

Möglich, dass sich an alledem noch mancherlei ändert. Jedenfalls aber zeichnen sich die Absichten des Kabinetts durch eine Kühnheit aus, die schliesslich auch vor einer Verletzung der Verfassung nicht zurückschreckt. Denn es ist nach unserer Meinung eine Verletzung der Verfassung, Steuern mit Hilfe des Artikels 48 anzuordnen, und es ist ein mindestens ebenso schwerer Verstoss gegen sie, das Parlament aufzulösen, wenn es die diktatorischen Verordnungen rückgängig machen will.

Wir stehen also vor grossen Konflikten und schweren Krisen, und es ist nur ein recht geringer Trost, feststellen zu können, dass es wieder in erster Linie die Deutsche Volkspartei ist, die eine Situation heraufbeschwören hilft, in der die parlamentarische Demokratie den denkbar schwersten Gefährdungen ausgesetzt ist.

SPD. Im Mittelpunkt der Verhandlungen der Weltkrafttkonferenz stand am Dienstag die Frage der Elektrifizierung des Bergbaus.

Von deutscher Seite wurde darauf hingewiesen, dass gewisse Antriebe im Bergbau der Druckluft vorbehalten werden müssten; wenn man alle Antriebe, die nicht unbedingt durch Druckluft betrieben werden müssten, auf Elektrizität

umstelle, so ergebe sich je Tonne Förderung eine Ersparnis von 0,25 Mark. Die Tschechen legten dar, dass diese Ersparnis nur erreicht werden könne, wenn es sich um neu aufzubauende Anlagen handelt. Bei älteren Anlagen, die von Druckluft auf Elektrizität umgestellt werden, sei zu berücksichtigen, dass die älteren Druckluftanlagen vielfach noch nicht ganz abgeschrieben seien. Dadurch sinke die Ersparnis durch Elektrifizierung, die sonst von den Gesteungskosten der Kohle 4 % ausmache, auf 1 bis 2 %. In diesem Falle sei der Anreiz zur Elektrifizierung nicht mehr so gross. Durch anderweitige Massnahmen z.B. durch Vereinfachung der Verwaltung und durch bessere Abbaumethoden könnten grössere Erfolge erzielt werden. Darin dürfte auch die Ursache für die zögernde Elektrifizierung liegen.

Die Fragen der Selbstkostenberechnung behandelte Dr. Rummel in wertvollen Ausführungen. Rummel vertritt den Standpunkt, Kostenrechnungen nicht nur nach Mengen- und Geldeinheiten, sondern auch in bezug auf die Zeit aufzustellen. Wenn man die gesamten Kosten nach 3 zeitlichen Gesichtspunkten auflöse, also nach dem lediglich von der Kalenderzeit abhängigen, ferner nach dem von der eigentlichen Fertigungszeit und schliesslich nach dem von der Vorbereitungszeit abhängigen Anteil, so ergebe sich eine Kostengleichung, die sowohl die Konjunktur als auch die Grösse der einzelnen Aufträge einschliesse. Der Redner trat lebhaft für die Einführung dieses Verfahrens ein, das bereits auf einigen westfälischen Hüttenwerken gebräuchlich sei. Ausserdem unterstrich er die Notwendigkeit, dass sich der Ingenieur mehr mit wirtschaftlichen Dingen beschäftige.

Von grossem Interesse war der Hauptvortrag, den der schwedische Professor Enström über das Thema "Maschinenkraft als Kulturfaktor" erstattete. Enström beschäftigte sich mit den Problemen der Mechanisierung und gab im Rahmen seiner Ausführungen eine höchst wertvolle Begründung der u.a. von den deutschen Gewerkschaften aufgestellten Forderung nach vertiefter Betriebsdemokratie. Enström wies nach, dass die Maschinenkraft die Arbeitsbedingungen ganz erheblich erleichtert habe und die Entwicklung immer weitere Kreise ziehe, die den Aufwand an Muskelkraft und Arbeitszeit verringere. Jede Arbeit, selbst die mechanisierteste, biete dem Arbeiter die Möglichkeit, intellektuell mitzuarbeiten und seinen eigenen Willen und Schaffensdrang zum Ausdruck zu bringen. Der Prozentsatz von Menschen, die von Arbeitsfreude erfüllt sind, sei sicherlich früher nicht grösser gewesen als heute. Die Arbeitsfreude könne gesteigert werden, jedoch lägen die Möglichkeiten für eine solche Steigerung auf moralischem und ethischem Gebiet. Die Menschheit (siehe den Widerstand gegen die wirtschafts-demokratischen Forderungen! Red.) habe jedoch den Sinn der Veränderungen in der Produktion nicht erfasst und erkenne nicht die Möglichkeiten, anstelle der Muskel den Kopf wirken zu lassen; sie könne ganz gut auf der mechanischen Grundlage ihrer Produktionen einen besseren und befriedigenderen Kulturzustand schaffen als zuvor. Die mechanisierte Arbeit stelle höhere Anforderungen an das Beobachtungsvermögen der Menschen. Das werde im Laufe der Generationen zu einer Steigerung der fundamentalen Geisteskräfte der Menschen führen müssen. Die Mechanisierung der Arbeit bedinge auch eine engere Verbindung der Völker, von der eine Verhinderung bzw. Milderung kulturvernichtender Streitigkeiten, also von Kriegen usw. erwartet werden dürfe. So gesehen sei die Maschinenkraft und die aus ihr resultierende Mechanisierung kein Fluch, sondern ein Segen für die Menschheit. Sie werde die Menschheit vorwärts und aufwärts führen, wenn die Menschheit nur die wahren Vorteile dieser Entwicklung erkenne.

SPD. Paris, 24. Juni (Eig. Drahtber.)

Die Finanzkommission der Kammer hat am Dienstag in zwei Sitzungen ihre Beratungen über die Finanzierung des Milliardenprojektes zur Ankurbelung der französischen Wirtschaft und über die Bilanz des Schatzamtes fortgesetzt.

Finanzminister Reynaud, der nach heftigem Widerstreben der Kommission nach einander drei verschiedene Kontoaufstellungen über Soll und Haben des Schatzamtes lieferte, hat am Dienstag noch ein übriges getan und der überraschten Kommission eine vierte Milchmädchenrechnung überreicht, deren Addition abermals ein von den früheren Ziffern abweichendes Ergebnis aufweist. Dass ein derartiges Jonglieren mit Milliarden das erschütterte Vertrauen in die Regierung nicht wiederherstellen konnte, versteht sich von selbst, zumal der Berichterstatter der Kommission, Chappedelaine, mühelos nachweisen konnte, dass auch die neuen amtlichen Ziffern nicht stimmen. Zu alledem kommt noch hinzu, dass die Guthaben des Schatzamtes inzwischen so zusammengeschrumpft sind, dass die Regierung zum erstenmal seit der Stabilisierung des Franken sich genötigt sehen wird, bei der Bank von Frankreich den statutenmässigen Schatzwechselkredit von 3,2 Milliarden Franken für das Ankurbelungsprojekt tatsächlich flüssig machen zu können. Die Erbschaft der Poincaré und Chéron, die einst die stolze Ziffer von 19 Milliarden Franken aufwies, ist also aufs schlimmste verwirtschaftet worden. Um aber die offene Blossstellung dieser Misswirtschaft zu vermeiden, hat die Regierung am Dienstag in einem Kabinettsrat beschlossen, den von der sozialistischen Partei gestellten Antrag auf eine parlamentarische Untersuchung mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Die Regierung will, wenn der Antrag am nächsten Donnerstag im Plenum der Kammer zur Debatte kommt, nicht nur die Vertrauensfrage dagegen stellen, sondern auch die geschäftsordnungsmässige Debatte selbst im Keime ersticken. Unter normalen Umständen würde ein derartiges Vorgehen, das dem Parlament die einfachsten Kontrollrechte versagt, für die Regierung eine heikle Situation schaffen; in diesem Sonderfall aber, wo man genau weiss, dass die gefährdeten Milliarden des Schatzamtes in geheimen Rüstungen angelegt worden sind, zögern natürlich die bürgerlichen Parteien gegen die Regierung Stellung zu nehmen. So hat auch die Finanzkommission den sozialistischen Antrag am Dienstag mit 15 gegen 12 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. In begreiflicher Scheu wollen die bürgerlichen Parteien einen möglichst dichten Schleier um die Ver-
ausgabung der fehlenden Rüstungsmilliarden breiten.

Auf jeden Fall hat die sozialistische Fraktion schon am Dienstag den Text ihrer Entschliessung bekannt gegeben, die am Donnerstag zur Abstimmung gestellt werden soll. Sie verlangt genaue Aufklärung über die Situation des Schatzamtes; sie lehnt weiter jeden finanziellen Rückgriff auf die Bank von Frankreich und jede Verlegenheitsmassnahme durch Ausgabe kurzfristiger Schatzscheine ab. Der Abg. Vincent Auriol ist beauftragt, die Entschliessung zu begründen.

SPD. München, 24. Juni (Eig. Drahtber.)

In der Mittwochausgabe des "Völkischen Beobachter" macht Hitler den bürgerlichen Parteien in Sachsen ein Bündnisangebot, um gemeinsam gegen den Marxismus zu regieren.

In den aufgestellten Richtlinien für eine Zusammenarbeit gegen die Sozialdemokratie sind folgende Forderungen enthalten: Finanzielle Sanierung durch eiserner Sparsamkeit in der Verwaltung. Schärfste Einschränkung aller Spitzgehälter. Abwehr der Ueberflutung des Binnenmarktes mit fremden Produkten. Schutz der Länder vor den unitaren Zerstörungsabsichten und Sicherung der Grundlage einer christlich-deutschen Kultur. Unter diesen Voraussetzungen würden sich, so erklärt Hitler weiter, die Nationalsozialisten nirgends der Forderung nach

Verantwortung entziehen. Wenn die bürgerlichen Parteien die Freundschaft mit den Nationalsozialisten dagegen ausschlagen sollten, "dann werden wir ihnen beweisen, dass ihr vergängliches Regiment von noch kürzerer Herrlichkeit sein wird als das letzte". Ausser dieser Drohung ist der wiederholte Hinweis bemerkenswert, dass der Kampf der Nationalsozialistischen Partei um die politische Macht zwar mit allen legalen Mitteln durchgeführt werden soll, dass aber ebenso alle anderen Möglichkeiten wahrgenommen werden müssten.

SPD. Köln, 24. Juni (Eig. Drahtber.)

In Köln ist ein Riesenschwindel aufgedeckt worden.

Vor einigen Wochen beging in Köln ein Schlosser namens Glowinka unter merkwürdigen Umständen Selbstmord. Jetzt hat die Polizei den Fall aufgeklärt. Die Frau eines Frisörgehilfen namens Felchner, der in einem der feinsten Frisörgeschäfte angestellt war, hatte ihrem Manne vorgeschwindelt, dass sie grosse Geschäfte in Lederwaren machen könne, wenn ihr Mann ihr das nötige Kapital besorge. Der Mann verstand es, seine Kunden unter dem Vorgeben, dass sie grosse Gewinne machen könnten, zur Hergabe von Geldern zu bewegen, die seine Frau einkassierte. Nicht weniger als 215 000 Mark haben die Kunden dem Mann ohne jede Unterlage anvertraut, darunter Beträge bis zu 20 000 Mark. Selbst der Geschäftsinhaber, der Arbeitgeber des Mannes, ist auf den Leim gegangen und hat Geld hergegeben. Die Frau machte aber mit dem Geld keine Geschäfte, sondern führte mit dem Schlosser Glowinka, ihrem Geliebten, ein Leben in Saus und Braus. Teure Auto- und Flugreisen wurden unternommen, es gab keine Zeche unter 100 Mark, usw. Als Glowinka, der verheiratet war, die Entdeckung des Schwindels befürchtete, beging er Selbstmord. Die Hälfte des Geldes hat die Frau verjubelt, die andere Hälfte will sie Glowinka in 3 Raten gegeben haben. Der Frisörgehilfe und seine Frau wurden verhaftet.

SPD. Bombay, 24. Juni (Eig. Drahtber.)

In Indien hat der zweite Teil des Simonberichtes einen Sturm der Entrüstung erregt. Selbst die gemässigten liberalen Blätter lehnen die Vorschläge als vollkommen unannehmbar ab.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt. Der Staatsgerichtshof für das deutsche Reich hat die Anträge der deutschnationalen Fraktion des preussischen Landtages die Errichtung von Sammelschulen für am Religionsunterricht nicht teilnehmende Kinder und die Anstellung von Diszidenten an öffentlichen Volksschulen für verfassungswidrig zu erklären, zurückgewiesen, weil der Staatsgerichtshof für einen Teil der Anträge nicht zuständig, im übrigen die deutschnationale Landtagsfraktion nicht aktiv legitimiert sei.

SPD. Magdeburg, 24. Juni (Eig. Drahtber.)

Die Aussprache über die Geschäftsberichte des Vorstandes auf dem Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher in Magdeburg gestaltete sich zu einer derben Abrechnung mit den kommunistischen Zersplitterern. Mann für Mann trat auf und brachte Beweise für das der Organisation verderbliche Treiben der sogenannten Opposition. Der Verbandstag erklärte sich mit dem Standpunkt des Verbandsausschusses einverstanden, dessen Vorsitzender, Steiner, in seinem Bericht die Ausschlüsse gerechtfertigt hatte. Die wenigen kommunistischen Delegierten

zeigten keinen Scheid, vor dem Verbandstag für die Missetaten ihrer Drahtzieher geradezustehen und die kommunistische Gewerkschaftstaktik offen zu verteidigen. Nur dann und wann begehrtten sie etwas auf, mussten aber Spott und Gelächter einstecken. Es gab groteske Szenen, als die paar Kommunisten, in zwei Gruppen, linientreue und oppositionelle, geteilt, jede Gruppe zwei Mann stark, sich gegenseitig herunterrissen.

In der Hauptsache wurden praktische Verbandsfragen diskutiert, Fragen, die das Wohl und Wehe der Mitglieder berühren. Einige Delegierten forderten, dass die Verhandlungen, die die Unternehmer mit dem Vorstand des ADGB gesucht haben, abgebrochen werden. Andere betonten demgegenüber eine Wirtschaftsmacht wie der ADGB könne nicht abseits stehen, wenn über Wirtschaftsfragen von höchster Bedeutung gesprochen werde. Der Vertreter des ADGB erläuterte die Stellung des Bundesvorstandes in dieser Frage. Der negative Verlauf der Verhandlungen mit den Unternehmern müsse jedem schon bewiesen haben, dass die Unterhändler des ADGB den Unternehmern gegenüber sehr entschieden die Interessen der Arbeiter vertreten haben. Der Standpunkt der Gewerkschaften sei, durch Abbau der Preise die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben.

Sehr entschieden trat Marie Wollschläger-Berlin für die Frauen in den Schubfabriken ein. Sie forderte Angleichung des Frauenlohnes an den Lohn der Männer. Umstritten war die Aufhebung des Betriebssekretärpostens für das Reich, Vorsitzender Simon erklärte dazu, dass ein Betriebssekretär bei den jetzigen gewerkschaftlichen Bildungsmöglichkeiten nicht mehr nötig sei.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht erstreckte sich über den Montag nachmittag und den ganzen Dienstag, ein Zeichen, dass die Delegierten aus den Betrieben sich ausgiebig aussprechen konnten.

SPD. Bochum, 24. Juni (Eig. Drahtber.)

Die Friedrich Krupp A.G., Gusstahlfabrik in Essen, wird in diesen Tagen die Entlassung von etwa 7 Prozent ihrer Belegschaft beantragen. Entlassen werden sollen in den Heuerbetrieben 1150 Arbeiter und 26 Angestellte, in den weiterverarbeitenden Betrieben etwa 1045 Mann und 23 Angestellte, zusammen also rund 2 200 Arbeiter und 50 Angestellte. In den Bergbaubetrieben der Firma Krupp ist auf drei Zechen insgesamt 410 Mann zum 15. Juni gekündigt worden.

SPD. Paris, 24. Juni (Eig. Drahtber.)

Der italienische Botschafter in Paris hat am Dienstag dem Aussenminister Briand einen längeren Besuch abgestattet, um ihm zunächst die offizielle Entschuldigung der italienischen Regierung über die Zwischenfälle in Bari zu überbringen. Inoffiziell soll, wie die Pariser Presse mitteilt, auch über die militärischen Vorsichtsmaßnahmen, die die beiden Nationen gegeneinander ergriffen haben, sowie über die Flotten- und Kolonialkonflikte gesprochen worden sein.

SPD. Paris, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Oberkommandierende der französischen Rheinarmee, General Guilleaumat, hat am Dienstag dem Aussenminister in längerer Unterredung über die Durchführung der Räumungsoperationen berichtet. Wie ein amtliches Kommuniqué erklärt, hat der General die formelle Versicherung abgegeben, dass die Räumung restlos und pünktlich zum 30. Juni durchgeführt sein werde.

SPD. Amsterdam, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Von den am Dienstag in aller Frühe an der irischen Küste zum Fluge nach Amerika aufgestiegenen Fliegern Kingsford Smith und van Bijk liefen am Dienstag mittag um ein Uhr und um 3,15 Uhr im Amsterdamer Flughafen Schithol drahtlose Meldungen ein. Die erste Meldung, wonach die Flieger 1000 Seemeilen von der irischen Küste entfernt waren, enthielt u.a. Grüsse an das niederländische Volk. Die zweite Meldung von 3,15 Uhr lautete: "Wir fliegen augenblicklich im Nebel, alles ist wohl an Bord."

SPD. Dresden, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Deutschnationale Fraktion des Landtags und die Landvolk-Fraktion haben an die übrigen bürgerlichen Fraktionen des Landtags ein Schreiben gerichtet, in dem sie, "ausgehend von der Tatsache, dass bei der letzten Landtagswahl das sächsische Volk den Willen nach einer marxistenfreien Regierung wieder klar bekundet" habe, für Sonnabend zu einer Besprechung über die Regierungsbildung einladen. Die Deutschnationale Fraktion und die Landvolk-Fraktion halten eine "marxistenreine Regierung" für durchaus möglich.

SPD. Rangoon, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Zentralgefängnis von Rangoon kam es am Dienstag zu einem furchtbaren Blutbad. Die dort untergebrachten Inder und Burmesen versuchten gemeinsam einen Ausbruch. Nach dem offiziellen Bericht überfielen die Gefangenen während der Arbeit ihre Wächter, von denen zwei getötet wurden. Darauf stürzten sich die Häftlinge auf die Wachtposten und entrissen ihnen Gewehre und Munition. Derart ausgerüstet verlangten sie schliesslich die Öffnung der Gefängnistore. Einigen gelang es über die Mauern zu springen und zu entkommen. Mittlerweile war von der Gefängnisverwaltung Militär und Polizei herbeigerufen worden. Die Gefangenen stürmten jedoch weiter gegen die Tore und erschossen, wie der Bericht sagt, zwei Polizisten, worauf auch die Polizei Feuer gab. 40 Gefangene wurden getötet, 60 wurden verwundet. Ausser den vier getöteten Polizisten und Wächtern wurden elf Wärter verwundet.

SPD. Prag, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Das Zentralorgan der tschechoslowakischen Sozialdemokratie, das "Prawo Lidu" veröffentlicht in seiner Mittwoch-Nummer folgenden Bericht aus Budapest: In einer vertraulichen Sitzung der Anhänger Mussolinis in Ungarn sprach der gut informierte Journalist Eugen Gaspar, Redakteur des madjarischen Blattes "Uj Nemzedek" über die Pläne Mussolinis. Italien hat - so führte der Redner aus - einen jährlichen Geburtenüberschuss von 300 000, kann aber eine so stark wachsende Bevölkerung nicht ernähren und muss daher ein Ventil suchen. Die Auswanderung auch nur eines grossen Teiles dieses Volkszuwachses nach Amerika ist nicht möglich. Es bleibt daher nur der Erwerb neuer Kolonien möglich,

und dafür kommen in erster Linie die französischen Besitzungen in Tunis und auch das französische Mandatsland Syrien in Betracht. Zugleich plant Mussolini die Erwerbung der adriatischen Ostküste sowie die Erhebung von Ansprüchen auf Nizza und auf das französische Savoyen. Sollte es darüber zum Konflikt mit Frankreich kommen, so soll es auch ein Konflikt mit Jugoslawien werden, dessen Besitz der adriatischen Ostküste ja gegen den Willen Italiens geschaffen worden ist. Durch den Verlust Dalmatiens würde Südslawien um seine Basis am Meer kommen. Gegen Südslavien trachtet Mussolini einen madjarisch-albanisch-bulgarisch-griechischen Block zu schaffen. Er hofft, dass die jetzigen Unstimmigkeiten zwischen Südslavien und Kroatien seinen Plan unterstützen werden. In Mitteleuropa soll ein trialistisch-katholischer Staat errichtet werden, der aus Ungarn mit der jetzt südslavischen Vojvodina, aus Kroatien und vielleicht auch aus Deutschösterreich bestehen soll. Dieser Staat würde nach der Meinung Mussolinis für immer die Südslaven von den Nordslaven trennen, ausserdem würde Südslavien erheblich geschwächt werden. Otto Habsburg soll der Herrscher dieses Staates werden. Wenn dieser Plan diplomatisch vorbereitet ist, würde Mussolini eine Revision der Friedensverträge beantragen, und er hofft, dass die Grossmächte und die sonst beteiligten Staaten ausser Frankreich und der kleinen Entente sich nicht dagegen aussprechen würden. Mit dem Vatikan soll darüber bereits verhandelt und die grundsätzliche Zustimmung schon gegeben worden sein.

Von der Slowakei soll nach diesen Plänen ein grosser Teil, der stark madjarisch besiedelt ist, abgetrennt und zu Ungarn geschlagen werden, das ja nie aufgehört hat, Ansprüche darauf zu erheben. Die Tschechoslowakische Republik würde natürlich durch die Verwirklichung dieser Pläne, für die man auch die Unterstützung Deutschland gewinnen will, sehr schwer betroffen.

Auch der italienische Journalist Aldovani Bani sprach im gleichen Sinne und bezeichnete eine Stärkung Ungarns als wirksames Mittel gegen das Slaventum. Mussolini wolle auch das Burgenland an Ungarn zurückgeben und Deutschösterreich durch bestimmte Kompensationen entschädigen. Mit der Abtrennung des grösseren Teils der Slowakei würde die Tschechoslowakische Republik auch von der Donau (Pressburg) entfernt und in Europa zu einem Staat dritten Ranges herabgedrückt, ihre industrielle Position gebrochen werden.

Abschliessend sagte Gaspar Eugen, dass dieser Plan Mussolinis gewiss sehr kühn erscheine, aber wer hätte vor 10 Jahren daran gedacht, dass in verhältnismässig kurzer Zeit derartiges überhaupt erwogen werden könne, und deshalb seien auch die heutigen Pläne Mussolinis durchaus keine Phantasie.

SPD. Budapest, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Legitimistenführer Albin Lingauer schreibt in einem Provinzblatt zu der Königsfrage, dass sich Ministerpräsident Graf Bethlen aus aussenpolitischen Gründen lange für die Entthronung der Habsburger eingesetzt habe. Jetzt nehme er eine andere Stellung ein. Die Sache befinde sich nunmehr auf dem richtigen Gleise. Der Zug werde von einem guten Maschinisten geführt. Jetzt sei Geduld die Hauptsache. Die Sache dürfe nicht beschleunigt werden. Der Zug werde das Ziel erreichen, sobald er ohne die Gefahr des Entgleisens einlaufen könne.

Aus dem Artikel geht hervor, dass der Gegensatz, der nach der Absetzung der Habsburger zwischen Bethlen und den Legitimisten bestand, verschwunden ist und Bethlen heute mit den Legitimisten einig ist.

SPD. London, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Entgegen dem ersten Teil des Simonberichtes finden die im zweiten Band veröffentlichten Vorschläge nur eine kühle Aufnahme in der englischen Presse. Restlose Zustimmung herrscht wohl nur in den konservativen Blättern.

Die Liberalen anerkennen den guten Willen der Kommission und ihre Arbeit, aber weit entfernt von irgendwelcher Begeisterung klingt es sehr gedämpft, wenn es im "Manchester Guardian" heisst: "Die Vorschläge der Kommission geben Indien zweifellos nichts, was mit oder ohne Vorbehalt als Dominionsstatus bezeichnet werden kann. Die Vorschläge weisen aber den Weg zum Ziel..." Und mehr wird selbst von den wichtigsten Verteidigern der Vorschläge nicht behauptet.

Ausserordentlich scharf kritisiert das Organ der Arbeiterpartei, der "Daily Herald", die Vorschläge der Kommission: "Kein Dominionstatus für Indien"; heisst es in fetten Lettern auf der ersten Seite des Blattes. Im Leitartikel wird gesagt: "Die Vorschläge der Kommission sind weit entfernt, den Weg zu einer baldigen Umgestaltung des heutigen Zustandes vorzubereiten. Es scheint uns vielmehr, als zielten sie daraufhin, das gegenwärtige System in seinen wichtigsten Punkten ins Unendliche aufrecht zu erhalten... Die wahre Macht ist dem Vizekönig überlassen worden... Selbst in den Provinzen, wo der Bericht einen schnelleren Fortschritt zur autonomen Selbstregierung vorsieht, selbst hier sind die Rechte und die Macht der parlamentarischen Vertretungen der überragenden Gewalt der Gouverneure unterworfen. Das ist weder eine Selbstverwaltung noch ein provisorisches Mittel, durch das der gegenwärtige Zustand allmählich aber sicher umgeformt werden könnte."

SPD. Paris, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Einen verwegenen Raubüberfall am hellen Tage leisteten sich am Dienstag vor mittag drei Banditen in Marseille. Sie fielen über einen Kaufmann her und schlugen ihn zu Boden. Eine Frau, die sie begleitete, raubte dem Überfallenen die Briefftasche. Alle vier sprangen dann in ein Automobil und konnten unter dem Schutz ihrer drohenden Revolver das Weite suchen.

SPD. London, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Der englische Ministerpräsident gab am Dienstag im Unterhaus eine Erklärung über die Zustände auf Malta ab, in der es heisst, dass die englische Regierung trotz allem inneren Widerwillen keinen anderen Ausweg aus den in Malta herrschenden Verhältnissen habe finden können als die Verfassung zeitweise ausser Kraft zu setzen. Die bevorstehenden Parlamentswahlen seien deshalb auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Der Grund hierfür ist, nach der Erklärung MacDonalds, ein vom Bischof von Malta mit päpstlicher Zustimmung herausgegebener Hirtenbrief, der es allen Malteser Katholiken verbietet für die Regierungspartei zu stimmen. Hingegen wurde den Gläubigen anbefohlen, der nationalistischen Partei die Stimme zu geben. Die Priester wurden angewiesen, jedem Katholiken, der diesen Anordnungen zuwiderhandelt, die Sakramente zu verweigern. Unter diesen Umständen sind - wie MacDonald betonte - freie Wahlen undenkbar und deshalb wäre keine andere Entscheidung möglich gewesen, als die Wahlen durch Aufhebung der Verfassung hinauszuschieben, bis die Verhältnisse wieder in geordnete Bahnen gebracht seien.

Die Massnahme der englischen Regierung bedeutet zugleich eine Zuspitzung der ohnehin sehr gespannten Beziehungen zwischen England und dem Vatikan.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 24. Juni (Eig. Bericht)

Der Reichstag setzte am Dienstag die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums fort. Die Aussprache verlief in sehr ruhigen Bahnen. Bemerkenswert ist, dass fast alle Redner mehr und mehr die von der Sozialdemokratie schon seit Jahren vertretene Ansicht vortrugen, dass zollpolitische Massnahmen nicht mehr viel nützen. Auch der Wirtschaftsparteiler Freybe gab zu, dass die letzten Massnahmen auf zollpolitischem Gebiet keine positiven Ergebnisse gehabt haben. Die Sozialdemokratie hat seinerzeit gegen diese Zollerhöhungen gestimmt, sie hat also nach dem Urteil der bürgerlichen Parteien zollpolitisch Recht behalten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Mache erklärte die Zustimmung seiner Partei zu den Stützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft. Er wandte sich aber gegen einseitige Berücksichtigung des Grossgrundbesitzes. Die Not des Ostens sei in erster Linie eine Not der Landarbeiter, der kleinen Bauern und des Handwerks. Besonders eindringlich sprach der Redner über die Notstände in der schlesischen Hauptstadt Breslau, wo von 618 000 Einwohnern nicht weniger als 283 000 von öffentlicher Unterstützung leben. Allein 17 000 Erwerbslose sind ausgesteuert. Mache wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass dennoch die Landwirtschaft polnische Arbeiter beschäftige.

Der volksparteiliche Abgeordnete Freiherr von Rheinbaben trat den Meinungen entgegen, dass bisher nichts für den Osten geschehen sei. Immerhin müsse die gesamte deutsche und preussische Politik mehr als bis jetzt auf den Osten eingestellt werden. Es handele sich keineswegs nur um Grossbetriebe, sondern auch um mittlere und kleinere Betriebe. - Für die Demokraten sprach der Abgeordnete Rönneburg. Er bezeichnete die Gesamtlage in Ostpreussen als überaus ernst, warnte aber vor allzu grossem Pessimismus, denn dadurch schädige man nur den Kredit Ostpreussens. Die Kreditinstitute neigten ohnehin dazu, für den Osten erhebliche Zinszuschläge zu verlangen. Auch Rönneburg forderte, dass man nicht bei Subventionen bleibe, sondern dass die Hilfsaktion verbunden werde mit einem produktionsfördernden Programm. Die Umstellung der ostdeutschen Landwirtschaft sei notwendig. Besonderen Eindruck machten die Mitteilungen Rönneburgs, dass bei der Verteilung der Reichsgelder im Osten eine starke Verschwendung zugunsten des Grossgrundbesitzes herrsche. Rönneburg ist Reichs- und Staatskommissar in Ostpreussen und mithin sachverständig.

Eine sehr boshafte Rede gegen die Regierung Brüning und gegen den Reichsernährungsminister Schiele hielt der deutschnationale Abgeordnete Graf zu Eulenburg. Er warf dem Minister vor, dass es ihr nicht gelungen sei, die Preise für Roggen, Kartoffeln, Schweine und Milch genügend zu erhöhen. Eulenburg übergoss den agrarischen Reichsernährungsminister mit Hohn. Die Regierung Brüning erhielt das denkbar schlechteste Zeugnis. Offensichtlich erbitterte den Reichsernährungsminister Schiele diese Undankbarkeit von dem Redner eines Standes, für den gerade Schiele, der Landbundführer ist, reichlich viel getan hat. Er verlangte von Eulenburg, dass dieser sich nicht in allgemeinen Redensarten über die Notwendigkeit von beschleunigten Massnahmen ergehe. Die Herren deutschnationalen Agrarier sollten ihm sagen, welche Massnahmen er noch in Angriff nehmen solle. Die Frage war aber ins Leere gerichtet, denn der edle Graf zu Eulenburg hatte sofort nach seiner Rede den Saal verlassen.

Der Reichsernährungsminister bekannte sich zu der Meinung, dass mit Zollsätzen die landwirtschaftliche Krise nicht zu beheben ist. Dann polemisierte er gegen die Sozialdemokratie, weil diese beantragt hat, 6 Millionen Mark zu streichen, die im Haushalt als Stützungsaktion für die Vieh- und Fleischmärkte angefordert werden.

Gegen 3 Uhr wurden die Beratungen unterbrochen. Es folgten Hunderte von Abstimmungen über mehrere Reichshaushalte. Zunächst über den Reichshaushalt des Innern. Es wurde eine sozialdemokratische Entschliessung angenommen, die die Reichsregierung ersucht, dem Reichstag einen Gesetzentwurf über eine umfassende

Reichsreform vorzulegen. Eine Entschliessung für Gleichberechtigung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung wurde abgelehnt, weil die Deutsche Volkspartei entgegen ihrer Haltung im Ausschuss gegen diese Entschliessung stimmte. Angenommen wurde eine Entschliessung, die Massnahmen fordert gegen die Verächtlichmachung der Weltanschauungen. Der Zentrumsabgeordnete Schreiber beantragte, ausser dieser Entschliessung einen Antrag anzunehmen, der Massnahmen gegen die Verächtlichmachung des Religiösen fordert. Der sozialdemokratische Abgeordnete Sollmann erklärte dazu, die Sozialdemokratie sei für den Schutz aller Weltanschauungen, selbstverständlich auch der religiösen. Nach der soeben angenommenen Entschliessung sollten alle Weltanschauungen geschützt werden. Die Entschliessung Schreiber sei deshalb überflüssig und eine reine Demonstration. Die Sozialdemokratie werde gegen die Entschliessung stimmen. Angenommen wurde eine Entschliessung, die Vorkehrungen gegen den sogenannten Kulturbolschewismus fordert, der auf die Zersetzung und "erstörung von Religion, Sitte, Ordnung, Autorität und Staat abziele, und zwar sollen alle entsprechenden Bestrebungen auf dem Gebiet der Schule, des Rundfunks, des Films, des Theaters, der Musik und anderer Darbietungen getroffen werden. Für diese Entschliessung stimmten alle bürgerlichen Parteien. Weitere Entschliessungen verlangten eine Kalenderreform, die Vorlage eines Beamtengesetzes, Förderung der Trinkerheilstätten und der alkoholfreien Gaststätten, Untersuchung des Lübecker Säuglingssterbens, Anpassung und Angleichung des öffentlichen Schulwesens und eine grosse Anzahl weiterer kultureller Forderungen. Schliesslich wurde noch die Ausschussvorlage auf Amnestierung der Fememörder in zweiter Beratung in namentlicher Abstimmung mit 231 der Regierungsparteien, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten gegen 182 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung setzte sich der sozialdemokratische Abgeordnete Bergmann für die weitere Zulassung von ausländischem Gefrierfleisch ein. Er stellte bei dieser Gelegenheit u.a. fest, dass deutscher Schinken in Paris heute um 22½ Pfennig billiger ist, als in Deutschland. Dann legte die sozialdemokratische Abgeordnete Mathilde Wurm noch eingehend dar, dass die Sozialdemokratie immer bereit gewesen ist, für die Landwirtschaft einzutreten.

Weiterberatung Mittwoch 10 Uhr.

SPD. Genf, 24. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Internationale Arbeitskonferenz befasste sich am Dienstag mit dem Einspruch des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegen den faschistischen Arbeitervertreter Italiens.

Der französische Arbeitervertreter Jouhaux begründete den Einspruch mit Belegen aus italienischen offiziellen Dokumenten und Erklärungen von italienischen Regierungsmitgliedern, aus denen hervorgeht, dass der faschistische Gewerkschaftsverband eine staatliche Institution ist, in der die Arbeiter keine Unabhängigkeit geniessen. Das stet mit dem Geist und Wortlaut der Internationalen Arbeitskonferenz in Widerspruch.

Das Mandat des Faschisten wurde schliesslich mit 38 gegen 29 Stimmen genehmigt.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags strich am Dienstag die Etatspositionen für die neuen deutschen Botschaften in Buenos-Aires, Rio de Janeiro und Santiago.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Er darf nicht heiraten.

SPD. Im Eingabenausschuss des bayerischen Landtags wurde ein haarsträubender Fall weissblauer polizeilicher Ehemoral bekannt. Ein Münchener Polizeiasistent lebte in wenig glücklicher Ehe. Er behandelte seine Frau schlecht, weil er Beziehungen mit einer anderen unterhielt. Die Frau sucht in ihrer Not nach Anlehnung und fand sie bei einem Oberwachtmeister der Landespolizei. Dies Verhältniß blieb nicht ohne Folgen, die Frau bekam von dem Oberwachtmeister ein Kind. Dadurch zerbrach die schon zerrüttete Ehe endgültig. Im beiderseitigen Einverständnis wurde sie geschieden.

Der Oberwachtmeister der Landespolizei wollte die geschiedene Frau, die von ihm ein Kind hatte, heiraten, aber seine vorgesetzte Behörde versagte ihm die Einwilligung. Er wiederholte mehrfach das Gesuch, eine Entscheidung darüber wurde hinausgezögert. Inzwischen stellte sich ein weiteres Kind ein. Der Oberwachtmeister erhielt zwar keinen Bescheid auf sein Gesuch, aber man deutete ihm an, dass es Erfolg haben werde. Hoffnungsfroh mietete der Mann, der während der ganzen Zeit für die Frau und seine Kinder gesorgt hatte, eine Wohnung - aber dann erhielt er den Bescheid, dass sein Gesuch endgültig abgelehnt sei und auch bei einer Wiederholung nicht berücksichtigt werden könne. Die vorgesetzte Behörde begründete ihr Veto mit dienstlichen Bedenken. Die Verheiratung des Oberwachtmeisters mit einer geschiedenen Frau, die während ihrer Ehe nachgewiesenermassen Ehebruch getrieben habe, würde das Dienstverhältnis des Beamten erschweren und das Ansehen der Landespolizei schädigen.

Inzwischen aber erwartet die Frau das dritte Kind von dem Mann, dem Polizisten. In ihrer Verzweiflung wandte sie sich nun mit einer Eingabe an den Landtag, und dadurch wurde der empörende Fall bekannt. Im Eingabenausschuss des bayerischen Landtags fand das unglaubliche Verhalten der bayerischen Polizeiverwaltung, für das der Minister der Bayerischen Volkspartei, Stützel, verantwortlich ist, die schärfste Kritik. Man empörte sich über den unerhörten Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte eines Beamten und verlangte von der Regierung, dass sie der Eingabe stattgebe und das Gesuch um Eheschliessung bewillige.

Das ist die echte Polizeimoral: Es beeinträchtigt das Ansehen der Landespolizei, wenn ein Oberwachtmeister eine geschiedene Frau heiratet. Dass er aber drei uneheliche Kinder hat, beeinträchtigt sein und seiner Behörde Ansehen nicht. Man scheint in der bayerischen Polizeiverwaltung das kanonische Recht der katholischen Kirche über das bürgerliche Gesetzbuch zu stellen und in einem Polizeiwachtmeister einen Unteroffizier aus der bayerischen Armee im 1. Jahrhundert zu sehen!

Zusammenhänge.

Die Hochburg der Hakenkreuzler in Sachsen ist das Vogtland. Dort leidet die Bevölkerung unter der industriellen Absatzkrise. Es ist eine traditionelle Armutsgegend in der zugleich das Sektierertum blüht. Dort verrichtete einst Max Hölz seine Heldentaten, und die Nationalsozialisten treten jetzt das Erbe von Hölz an. In einigen Orten des Vogtlandes hat sich schon wieder eine Wendung vollzogen, so dass die Stimmenzahl der Hakenkreuzler bei der Sachsenwahl wieder rückläufig geworden ist. Die Orte aber, wo sie vormarschierten, sind wesentlich Orte mit stark kommunistischem Einschlag. In der Residenz von Max Hölz, in Falkenstein, haben die Hakenkreuzler ihre Stimmenzahl von 148 auf 1 725 gesteigert.

Einer der lautesten Schreier der Hakenkreuzler in Falkenstein ist ein ehe-

maliger Kommunist. Anfang Mai ds.Js. tat er sich noch als Schläger gegen die Hakenkreuzler hervor. Vier Wochen später versprügelte er während des Wahlkampfes als Hakenkreuzler kommunistische Arbeiterfrauen. Eine andere Zierde der Hakenkreuzler am Ort ist ein Richter. Der gebärdete sich zur Zeignerzeit als Sozialist und erreichte damit, dass er avancierte, jetzt schwört er auf Hitler.

Das sind die Typen, denen die Hakenkreuzler ihren Wahlerfolg in Sachsen verdanken! Wie dieser Erfolg gewonnen ist, so wird er auch wieder zerrinnen.

Der Feldherrnhügel.

Wie sich die Kommunisten räuspern und spucken, das haben ihnen die Nationalsozialisten abgeguckt. Wenn die gemeinen Soldaten der Kommunisten demonstrieren müssen und mit dem Gummiknüppel Bekanntschaft machen, sehen die kommunistischen Führer vom sicheren Feldherrnhügel aus zu.

Nicht anders bei den Nationalsozialisten. Sie veranstalteten eine ihrer beliebten Demonstrationen am Strande von Travemünde. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, so dass der Gummiknüppel die Hakenkreuzler in Raison halten musste. Die Führer sassen während des Aufmarsches im Pavillon des Schifferhauses und sahen von oben her zu. Für den gemeinen S.A.-Mann der Gummiknüppel, für die Herrschaften aber der sichere Feldherrnhügel!

Kreuz und Hakenkreuz.

Vor kurzer Zeit bezeichnete der nationalsozialistische "Westdeutsche Beobachter" den Oberbürgermeister von Köln, den Zentrumsmann Adenauer, als "negroiden Kirgisen". Kurze Zeit darauf stimmten die Nationalsozialisten im Kölner Rathaus gemeinsam mit der Zentrumsfraktion für die Errichtung eines neuen Direktorpostens in den Riehler Heilstätten, der einem Zentrumsmann zufiel, während die Zentrumsfraktion den Nationalsozialisten gegenüber eine sehr gemässigte und fast wohlwollende Haltung einnahm.

Eine Hand wäscht die andere, und als Göbbels in Köln sprechen wollte, wurde ihm die Städtische Messehalle zur Verfügung gestellt. Unter den Ankündigungen der Göbbels-Versammlung las man: Kartenverkauf beim Städtischen Verkehrs- und Wirtschaftsamt. Tatsächlich vertrieb der Kölner Magistrat in seinem am Dom gelegenen Verkaufsbüro die nationalsozialistischen Einlasskarten. Das ist doch noch eine schöne Grosszügigkeit der Leute vom Kreuz gegenüber dem Hakenkreuz - trotz des "negroiden Kirgisen"

Gott will es.

Also schreibt Pater Johannes Rosenbach in der Sonntagsbeilage des katholischen "Volksfreundes" in Cleve:

"Wer nicht arbeitet, der soll beten, wer aber nicht beten will, der soll auch nicht essen. In der Tat! Wer nicht arbeitet, der soll beten. Das scheint mir der tiefste religiöse Sinn der Arbeitslosigkeit zu sein: mehr Zeit zu haben für Gott und für die Seele und religiöse Betätigung. Das ist die frohe Botschaft, der von Gott gewollte Beruf der Arbeitslosen, der christliche Sinn der Arbeitslosigkeit."

Unter solchen Umständen müsste eigentlich die Zentrumsfraktion des Reichstags alles tun, damit dem von Gott gewollten Beruf der Arbeitslosen kein Eintrag geschieht und dass der von Gott gewollte Beruf der Arbeitslosen sich noch ausbreitet!

aus aller Welt

Stinnes II.

Der Sohn des Industriemagnaten und die Kriegsanleihemillionen - Beginn des Riesenprozesses in zweiter Instanz - Schmarotzer am Volke.

SPD. Berlin-Moabit hat einen ganz grossen Tag. Es erscheint Herr Hugo Stinnes jr., umgeben von zahlreichem Gefolge, teils Mitangeklagte, teils Rechtsanwälte, um sich aufs neue wegen seiner dunklen Kriegsanleihemanipulationen, die schon im Mai 27 zu einem Riesenprozess mit anschliessendem Freispruch geführt haben, zu verantworten. Man munkelte seinerzeit, dass der Prozess Stinnes endgültig begraben werden sollte, um nicht ein für die verschiedensten Leute sehr gefährliches Exempel statuieren zu müssen. Die unterirdischen Kräfte, die dem Kriminalfall Stinnes das Grab schaufeln wollten, waren indes nicht mächtig genug. Nach sichtlichem Zögern entschloss sich die Staatsanwaltschaft, das Verfahren wieder aufzunehmen.

Der Fleck auf der Millionärsweste.

In dem seinerzeit von dem Gericht gefällten Freispruch waren allerdings einige erhebliche Flecken auf der schönen Millionärsweste des betriebsamen Juvenoir zurückgeblieben. So hatte das Gericht u.a. festgestellt, dass die geschäftlichen Aktionen, die Herr Stinnes in Sachen Kriegsanleihe durchgeführt und an denen er ein Vermögen verdient hat, nicht den "Gepflogenheiten ehrlicher Kaufleute" entsprochen hätten. Es bestände ein schwerwiegender Verdacht, dass Hugo Stinnes schon von Anfang an über den betrügerischen Charakter seiner Geschäfte orientiert gewesen sei und in der bewussten Absicht gehandelt habe, den Staat zu betrügen. Da allerdings der letzte Zweifel, ob Schuld oder Nichtschuld vorlag, dem Gericht nicht gänzlich behoben schien, kam es, vielleicht in allzu grosser Gewissenhaftigkeit, zu einem Freispruch, der allgemeines Kopfschütteln erregte. Sicherlich war das Urteil vom Mai 1927 für Herrn Stinnes und seine Komplizen, moralisch gewertet, eine Stäupung, wie sie vernichtender nicht gedacht werden kann. Da aber auch situierte Kaufleute im allgemeinen über robuste Nerven zu verfügen pflegen, wird das Herrn Stinnes die Ruhe nicht allzu schwer geraubt haben. Warten wir ab, was das Berufungsgericht für ein Urteil abgibt.

Das Panoptikum der Schieber.

Sie sind fast alle erschienen, die Herren, die uns aus dem ersten Prozess nur zu gut bekannt sind. Alle Konfessionen, alle Schichten, sozusagen alle Nuancen des Merkantilismus auf Schleichwegen sind vertreten, neben dem blonden, streng arischen Herrn von Waldow sitzt Herr Bela Grosz, ein Typ östlicher Prägung, neben dem grossen Stinnes der findige, lauernde Herr Hirsch, Typ des internationalen Geschäftemachers jeder Fassung, wie man sieht, war der Sohn ebenso liberal wie der Vater, wenn es um das Geschäft ging. Nur zwei Männer, die wir ebenfalls gern in unserer Mitte gesehen hätten, glänzten durch Abwesenheit. Der eine ist Herr Eugen Hirsch, wohl der betriebsamste im dritten Rang der kleinen Sünder. Er managte häufig drei, vier Sachen auf einmal, kein Wunder, dass ihm dabei häufig ein etwas dunkles Dessin unterläuft. Der andere ist eine kleine Berliner Lokalberühmtheit, Herr Schneidt, ein wetterfester, breit schultriger Geniesser, der sich seinerzeit einen Namen dadurch gemacht hat, dass er sich mit den Treuesten seiner Garde in einem Vergnügungsetablissemant des wilden Westens verbarrikadierte, als ihn Gerichtsvollzieher und Offenbarungsidee ans Licht der Öffentlichkeit schleppen wollten.

Der Vabanquespieler!

Herr Stinnes, den auch diesmal Rechtsanwalt Alsberg, Spezialist für millionenschwere Fälle, vertritt, hat sich nicht verändert. Noch immer hat er die scheue, in sich verkrampfte Art, das merkwürdige, greifende Zucken der nervösen Hände, den harten stumpfen Blick der blässlichen Augen und die zergrübelte Stirn eines Menschen, der mit sich selbst im ständigen Kampfe liegt. Wenn er etwas sagt, so klingt die Stimme hohl, wie abwesens. Man hat das Gefühl, dass der Angeklagte mit seinen Gedanken immer ganz wo anders ist. Hier ist nichts von der blutvollen, wenn auch skrupellosen Energie zu spüren, die den Vater auszeichnete. Das ist ein zergrübelter, innerlich entnervter Mensch, inaktiv, mürrisch, verbittert, phlegmatisch. Er scheint sich selbst und den andern zur Last zu fallen. Als er damals den, wie die Anklage wenigstens behauptet, Kriegsanleihebetrug beging, tat er es vielleicht aus der Untergangsstimmung jener Menschen heraus, die einem gewaltigen Erbe nicht gewachsen sind und unsicher alles auf eine, wenn auch schmutzige Karte setzen.

Der blaublutige Privatsekretär.

Herr von Waldow, Wolf mit Vornamen, ist ein Mann aus alter Aristokratenfamilie und er betont das gern mit einer gewissen Selbstverliebtheit. Schlank, elastisch, blond hat er eine unnachahmliche Art, selbst in den heikelsten Situationen das zu wahren, was er wahrscheinlich die Würde des Gentleman zu nennen pflegt. Wenn er etwas sagt, auf einen Vorwurf antwortet oder selbst angreift, so tritt in die blauen Augen ein sicher oft geübter Schimmer tiefster Ironie und gutdosierten Blaublüter-Hochmuts. Er war der Privatsekretär von Hugo Stinnes und glaubt, in jeder Beziehung der Betrogene zu sein. Von der Illegalität der Stinnes'schen Geschäfte will er keine Ahnung gehabt haben, alles ging, soweit er seine Hand im Spiele hatte, korrekt, vornehm und solide zu. Aber so forsch und unnahbar das alles klingt, - und so kühn auch die blauen hochmütigen Augen leuchten -, die Sache hat doch einen Haken. Herr von Waldow soll nämlich noch gewisse eigene Geschäfte getätigt haben, die die Staatsanwaltschaft mit einem recht kritischen Auge betrachtet. Bei aller Vornehmheit scheint der Privatsekretär des Herrn Stinnes jr. über eine gut, wenn nicht allzu gut entwickelte geschäftliche Ader zu verfügen.

Der Philosoph als Grosschieber.

Herr Bela Grosz, in jeder Beziehung der Widerpart zu Herrn von Waldow, war einer von jenen Männern des internationalen Zwischengeschäfts, mit denen Herr Stinnes den Absatz seiner Anleihen regelte. Es handelt sich nun darum ob Herr Grosz von der Fragwürdigkeit der Geschäfte gewusst hat, zweitens, ob und wie weit man ihn verantwortlich machen kann. Herr Bela Grosz sieht aus wie ein Philosoph oder wie ein Gelehrter, aber bestimmt nicht wie ein gerissener Geschäftemacher. Indes, der Schein trügt oft. Jedenfalls weiss er im Strafgesetzbuch beinahe so gut Bescheid wie der Staatsanwalt und wenn er mit selbstzufrieden-neckischer Gebärde einen kleinen behördlichen Schnitzer korrigieren zu können glaubt, so strahlt er über das ganze Gesicht. Um ihn herum liegen immer ein paar Strafgesetzkommentare oder das, was die Einheimischen der Justiz wenig respektvoll "Fachschwarten" zu nennen pflegen.

Die Fahrt durch den Papierocean.

Vor dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Tolk, türmen sich die Akten. Auch die Staatsanwaltschaft schwimmt in säuberlich betipptem Papier. Auf der Anklagebank, wo die Herren rund um Stinnes und der Herr selbst um ihre goldene Freiheit kämpfen, Papier, nichts als Papier... Um das Papier herum sitzt eine Serie geschickter, erfahrener Rechtsanwälte, bereit, für gutes Honorar alles und auch nichts zu beweisen. Wie wird das Ringen: "Hugo Stinnes und Genossen" ausgehen? Die Staatsanwaltschaft sitzt schon sehr im Schweiss. Aber das ist ja schliesslich auch kein Wunder-, bei + 33 Grad selbst im Moabiter Gerichtsschatten.

Kuka.

* * *

Der neue Transozeanflug. Wieder ist die Welt in Spannung darüber, ob der neue Transozean-Ostwestflug von Irland nach Amerika gelingen wird. In Begleitung des australischen Fliegerhauptmanns Kingsford Smith befindet sich als zweiter Pilot der holländische Flieger van Dyck, als Beobachter der irische Kapitän Saul und als Funker der Engländer I.W.Stannage. Kingsford Smith hat die Absicht, dem sogenannten nördlichen Kreiskurs zu folgen, um auf diese Weise das Kap Race zu erreichen. Von dort aus soll in direkter Linie New York angesteuert werden. Vom New York soll die Maschine, das bekannte "Kreuz des Südens", mit dem bereits im Jahre 1928 der Riesenflug von Kalifornien nach Australien gelang, nach St.Franzisko starten.

Der Kampf um das Sultanerbe. Der Kampf, den die 13 Kinder Abdul Hamids und die noch am Leben befindlichen 9 Witwen seit fünf Jahren mit dem griechischen Staat um die riesige Hinterlassenschaft des letzten Sultans geführt haben, ist dieser Tage zu Ende gegangen. Der griechische Staat hat sich bereit erklärt, für die auf griechischem Boden befindlichen Liegenschaften Abdul Hamids 1 500 Millionen Kronen Entschädigung zu zahlen und sich bezüglich der noch bestehenden Forderungen der Erben Hamids in der Höhe von 30 Milliarden Kronen in Verhandlungen einzulassen. Aus diesen Zahlen geht hervor, welches ungeheures Vermögen der letzte Sultan während seiner 33-jährigen Regierungszeit angesammelt hatte. Als er als Exsultan im Jahre 1918 in der Verbannung starb, wurde sein Vermögen ausser seinen Besitztümern in Italien, Griechenland, Mazedonien, Syrien, Mesopotanien, Palästina, Cypern, Tazos und Mossul und ausser seinen Fabriken und Bergwerken, die schon allein 45 Milliarden Kronen repräsentierten, auf 150 Milliarden Kronen geschätzt.

Im Sinne des Friedensvertrages wurde ein Teil der Besitzungen des Exsultans zu Griechenland geschlagen. Die Petroleumfelder von Mossul wurden zwecks Ausbeutung einer grossen Gesellschaft und der französischen Regierung übertragen, während die auf dem Gebiete der heutigen Türkei verbliebenen Besitzungen von der türkischen Regierung enteignet wurden. Im Sinne des Lausanner Friedensvertrages muss das auf ehemals türkischem Gebiet befindliche Vermögen der türkischen Staatsbürger respektiert werden. Die 22 Erben Abduls haben unter Berufung auf diesen Punkt den Prozess angestrengt, wobei sie von mächtigen englischen und amerikanischen Finanzgruppen unterstützt wurden. Die Finanzierung dieses Prozesses wurde von diesen Finanzgruppen vorgenommen, nachdem sich die Engländer und Amerikaner einen 35%igen Anteil des Gewinnes gesichert hatten.

Schon seit Jahren unterstützen diese Finanziers die an sich vermögenlosen türkischen Prinzen, Prinzessinnen und Sultanswitwen mit monatlich 100 000 Kronen. Die einst an ein luxuriöses Leben gewöhnten Erben leben in einfachen Verhältnissen in Paris und in Budapest.

Revision gegen das Gutmannurteil. Der Verteidiger des zum Tode verurteilten Zahnarzt Gutmann hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Das Revisionsbegehren wird damit begründet, dass das Gericht die Ergebnisse der Beweisaufnahme und den Inhalt der Sachverständigengutachten bei der Urteilsfindung nicht genügend berücksichtigt habe. Insbesondere soll in der mündlichen Urteilsbegründung vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Achilles, in keiner Weise darauf eingegangen worden sein, ob der Angeklagte zur Zeit der Tat im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte gewesen sei oder ob er sich in einem Affekt befunden habe.

Ein nervöser Greis. Der 72 jährige Altersrentner Anton Tirnbaum in Seebenstein (Österreich) hat sein 4jähriges Enkelkind mit einer Eisenklammer erschlagen, weil es ihn "durch Schreien belästigte". Der Mörder wurde verhaftet. Er machte den Eindruck eines geistig nicht normalen Menschen.

Katastrophe auf dem Genfer See. Auf dem Genfer See kenterten zwei Boote. Mit dem einen Boot fuhren drei Insassen, von denen zwei ertranken, mit dem anderen zwei, die beide ums Leben kamen.

Bestrafte Synagogenschänder! Die Nationalsozialisten Wüstenberg, Ruba, Mecklenburg, Göring und Steijle wurden vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten beschmierten in der Nacht zum 16. Februar eine Berliner Synagoge mit beleidigenden Inschriften und mit riesigen Hakenkreuzen. Der Staatsanwalt hatte gegen die Angeklagten je 9 Monate Gefängnis beantragt.

Eine grosse Weinerei. Am Dienstag Mittag trafen am Funkturm in Berlin zwei Küfer von der Mosel ein: zu Fass und zu Fuss. Die beiden "Roller" haben von Berncastel über Bremen und Hamburg ein 5 Zentner schweres Fass nach Berlin gewälzt.

Verhaftung der Berliner Busbanditen. Die Rowdys, die in der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch voriger Woche einen zum Teil mit Nationalsozialisten besetzten Autobus in Berlin-Reinickendorf überfallen haben, konnten nunmehr verhaftet werden. Die Täter sind 8 Kommunisten, einige von ihnen Gruppenführer des verbotenen Ront-Frontkämpferbundes. Die Rowdys leugnen die Tat, gelten aber als überführt. Bei dem Überfall waren 4 Personen durch Revolverschüsse schwer verletzt worden, andere Insassen des Wagens leichter.

Ein Haus für eine Milliarde. In einigen Wochen beginnt in New York der Bau der Radiozentrale, die als 64-stöckiger Wolkenkratzer errichtet werden soll und etwa 1 Milliarde Mark kosten, also allerhand Rekorde auf diesem Gebiet schlagen wird. Das Gigantische des Planes wird verständlich, wenn man bedenkt, dass hinter ihm kein gerinerer als Owen De Young von der General Electric Company und John De Rockefeller jr. stehen. Die Bauarbeiten sind an ein Bauunternehmen vergeben worden, das den Interessen Rockefellers nahesteht. Die Firma will so sehr um Eile bemüht sein, dass der neue Wolkenkratzer bereits im Jahre 1933 seiner Bestimmung übergeben werden kann.

Das Gebäude wird 27 auch auf Fernsehen eingerichtete Senderäume enthalten, ferner 4 (!) Theater und eine grosse Konzerthalle; Theater und Konzerthalle sind für den allgemeinen Besuch bestimmt; ihre Darbietungen sollen aber stets gleichzeitig durch Radio übertragen werden. Es ist anzunehmen, dass der neue Wolkenkratzer, in den auch Parkräume für 25 000 Autos eingebaut werden, dank der Vielseitigkeit seines Inhalts und dank seiner glänzenden Lage an der Fifth Avenue zur Vergnügungszentrale New Yorks werden wird.

Unterbundener Rauschgiftschmuggel. Die französische Zollbehörde beschlagnahmte in Marseille an Bord eines italienischen Dampfers für 6 Millionen Mark Rauschgifte, die nach Frankreich eingeschmuggelt werden sollten.

Wieder ein Medizinmord. Im Krankenhaus in Frankenberg i. Sa hat eine Krankenschwester einer kurz vor ihrer Entbindung stehenden 32-jährigen Frau eines Webereiarbeiters anstelle einer Kochsalzeinspritzung, die zur Belebung der Pulstätigkeit dienen sollte, eine Sublimatsinspritzung verabreicht. Bald nach dem verhängnisvollen Missgriff, der durch die Verwechslung von zwei Flaschen entstanden ist, verschied die Patientin. Die verantwortliche Krankenschwester, die ihren Dienst seit Jahren zur grössten Zufriedenheit und in höchster Korrektheit versehen hat, wurde ihres Amtes enthoben; ausserdem ist Strafanzeige gegen sie erstattet worden.



Brünings Erfolg.

Die Arbeitslosigkeit steigt wieder.

SPD. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, die in der ersten Hälfte des Mai noch um rund 130 000, in der zweiten um nicht ganz 80 000 abgenommen hatte, ist, wie von der Reichsanstalt mitgeteilt wird, in der ersten Junihälfte nur noch um rund 45 000 geringer geworden. Dem steht nicht nur ein weiterer Zuwachs der Krisenunterstützten um rund 13 000 gegenüber, sondern die Zahl der verfügbaren Arbeitssuchenden hat - zum ersten Mal wieder seit Anfang März - eine geringe Erhöhung um etwa 12 000 erfahren.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 15. Juni in der Arbeitslosenversicherung 1 505 804, in der Krisenunterstützung 351 984. Die Summe beider Zahlen liegt mit annähernd 1 858 000 um mehr als 900 000 über der entsprechenden Summe des Vorjahres. Die Überlagerung der Unterstütztenziffer ist mithin gegenüber dem Stand vom 1. Juni (875 000) weiterhin, wenn auch langsamer, angewachsen. Nach Abzug der noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit Befindlichen müssen von den 2 700 000 verfügbaren Arbeitssuchenden, die am 15. Juni bei den Arbeitsämtern eingetragen waren, rund 2 647 000 als arbeitslos gelten. -

Der amtliche Bericht über den Stand der Arbeitslosigkeit ist sehr vorsichtig abgefasst. Trotzdem wird aus ihm der Ernst der Lage deutlich genug ersichtlich. Die neuen Zahlen zeigen, dass nunmehr von einer nennenswerten Entlastung im Laufe des Sommers keine Rede mehr sein kann. Wir haben jetzt schon wieder einen Rückgang der Entlastung zu verzeichnen. Eine Abnahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 50 000 ist weniger als die Zahl der Aussteuerungen. Ohne Aussteuerung würde also jetzt bereits ein Zugang zur Arbeitslosenunterstützung deutlich in Erscheinung treten.

Das ist ein Tatbestand, der gegen die Regierung Brüning die schwerste Anklage darstellt. Im vorigen Jahr hatten wir den furchtbaren Winter mit seiner polarartigen Kälte, die alles zum Stillstand zwang. Trotzdem war damals, als noch das Kabinett Müller am Ruder war, vom Februar bis zum 15. Juni bei der Unterstütztenzahl in der Arbeitslosenversicherung ein Nachgeben um 1,2 Millionen festzustellen. Dies Jahr beträgt in demselben Zeitraum der Rückgang nur rund eine halbe Million. Zweifellos liegen hier schwere arbeitsmarktpolitische und politische Versäumnisse vor, für die das Kabinett Brüning die Verantwortung zu tragen hat.

Die Überlagerung des diesjährigen Niveaus der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr ist weiter gestiegen. In der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge betrug Mitte Juni die Überlagerung rund 900 000. Im Vergleich mit dem Jahre 1927 wird die Überlagerung noch stärker, denn in diesem Fall beträgt sie allein in der Versicherung 900 000.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird also, wie man an den neuesten Zahlen mit Schrecken feststellen muss, immer böartiger. Mit einer durchschnittlichen Hauptunterstützungsziffer von 1,6 Millionen pro Monat ist jetzt nicht mehr zu rechnen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Regierung sich noch jetzt an eine solche Zahl klammern wollte. Dem Ernst der Situation entsprechend muss sie jetzt den soeben veröffentlichten Richtlinien der sozialdemo-

kratischen Reichstagsfraktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Rechnung tragen. Tut sie das nicht, dann macht sie sich zum Schrittmacher der nationalsozialistischen Terroristen. Deren Erfolg in den Sachsenwahlen ist nicht zuletzt auf die Arbeitsmarktkrise zurückzuführen, die auf Sachsen ganz besonders drückend lastet. Kein deutsches Land ist von der Arbeitslosigkeit so schwer heimgesucht worden, wie Sachsen. Seine Arbeitslosigkeit liegt im Vergleich mit dem Reichsdurchschnitt besonders hoch. Wird das vielbesungene "Kabinett der Köpfe" imstande sein, aus den unleugbaren Zusammenhängen zwischen Arbeitsmarktkrise und Ausbreitung der nationalsozialistischen Seuche die notwendigen finanz- und sozialpolitischen Lehren zu ziehen? Will es seine politische Totengräberarbeit fortsetzen?

SPD. In den Kampf der Metallarbeiter mit der Nordwestgruppe möchte die kommunistische Presse Verwirrung tragen. Sie behauptet, der Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands habe mit dem Arbeitgeberverband der Nordwestgruppe Verhandlungen über die Durchführung des rechtsverbindlich erklärten Schiedsspruchs geführt.

Diese Behauptung ist unrichtig, wie uns vom Verband der Maschinisten und Heizer mitgeteilt wird. Richtig ist, dass Funktionäre des Zentralverbandes mit dem Arbeitgeberverband Verhandlungen gepflogen haben, um die unsichere Rechtslage der Mitglieder des Zentralverbandes, wie sie aus dem früheren Tarifvertrag entstanden und durch den jetzt abgeschlossenen rechtsverbindlichen Vertrag noch nicht behoben ist, zu beseitigen. Am 6. Juni ist der Schiedsspruch für die Nordwestgruppe für rechtsverbindlich erklärt worden. Am 11. Juni hat der Zentralverband der Maschinisten und Heizer mit dem Arbeitgeberverband eine Vereinbarung getroffen, wonach den Mitgliedern des Zentralverbandes dieselben Rechte aus dem Tarifvertrag zustehen wie den übrigen Arbeitern. Das musste geschehen, weil die übrigen Metallarbeiterverbände vor dem Reichsarbeitsministerium erklärten, sie hätten keine Vollmacht für die anderen Verbände.

Unwahr ist ferner, dass der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sich gegen die Teilnahme der übrigen Gewerkschaften am Tarifvertrag für Nordwest ausgesprochen haben soll. Wahr ist vielmehr, dass durch Beschluss des ADGB ausgesprochen wurde, dass der Zentralverband der Maschinisten und Heizer am Tarif beteiligt werden soll.

SPD. Der Reichstagsabgeordnete Thiel, Arbeitnehmervertreter in der Deutschen Volkspartei, befindet sich in schrecklicher Verlegenheit. Die Reichstagsfraktion der DVP hat in einer Entschliessung ein Gesetz zur vorzeitigen Kündigung der laufenden Arbeitstarifverträge gefordert. Von der rechtsstehenden Angestelltenpresse darob zur Rede gestellt, erklärte Thiel, er habe leider infolge Krankheit an den Fraktionssitzungen der Deutschen Volkspartei seit dem Wiederzusammentritt des Reichstages nicht teilnehmen können. Er müsse jedoch erklären, dass er der gefassten Entschliessung der Deutschen Volkspartei seine Zustimmung hätte versagen müssen. Denn nach seiner Überzeugung liege eine vorzeitige Kündigung der Tarifverträge weder im Interesse der Wirtschaft noch trage sie zur Überwindung der augenblicklichen Wirtschaftskrise bei. Das Ergebnis der Annahme des von der Fraktion verlangten Gesetzes würde Rechtsunsicherheit und Einzug der Parteipolitik in die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses sein. Da beides bei der augenblicklichen schwierigen wirtschaftlichen Lage die Schwierigkeiten noch vergrössern müsse, hätte er nicht für die Entschliessung der Fraktion stimmen können.

Herr Thiel bekannt mit diesen Erklärungen, dass er in der Fraktion der Deutschen Volkspartei nichts zu bestimmen hat. Die Haltung der Deutschen Volks-

partei zeigt gerade in diesen Tagen überdeutlich, dass Arbeitnehmerinteressen in dieser Partei einfach nicht vertreten und verfochten werden können. Wahrscheinlich hat auch Herr Thiel eine Ahnung davon und es ist ihm deshalb so übel geworden, dass er sich rechtzeitig ins Bett legen konnte.

+ + +

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat Mitglieder und Funktionäre, die der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehören, ausgeschlossen. Es handelt sich dabei nicht etwa um eine örtliche Aktion, sondern um Mitglieder in Rostock, Altona, Leipzig, Schwäbisch-Gmünd, Weimar usw. Der D.H.V. fürchtet zweifellos, dass die Nationalsozialisten die sehr mühsam zusammengehaltene Einheitsfront der deutschnationalen Kaufmannsgehilfen zerschlagen. Derselbe Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat früher wiederholt auf seine engere Verbindung mit den Nationalsozialisten verwiesen, mit denen er nach seinem Programm auch mit der Bekämpfung der Juden übereinstimmt. Anscheinend wird er jetzt die Geister, die er gerufen hat, nicht mehr los.

SPD. In Kochel am See hat der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter dieser Tage sein neues Ferienheim mit einer schlichten Feier eröffnet. An einer Berglehne direkt über dem Seeufer erhebt sich in moderner Architektur bogenförmig das neue Heim. Es gewährt von allen Fenstern aus einen wundervollen Ausblick auf See und Berge. Die Innenräume sind ebenso gediegen und einfach wie zweckmässig eingerichtet und mit allen Erfordernissen moderner Hygiene ausgestattet. Ein vorbildliches Ferienheim für die schaffenden Stände, für Arbeiter und Angestellte, das nichts gemein hat mit den pieckfeinen Hotels ewig gelangweilter stinkreicher Bummler und Snobisten. Es dient während der Wintermonate der Ausbildung der Funktionäre der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie.

Der neue Erfolg freigewerkschaftlicher Ferienkultur, den das Heim des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Kochel am See darstellt, hat bei der Eröffnungsfeier dem Vertreter des Staates, dem Bezirksamtmann, die Zunge gelöst. Freimütig erklärte der Herr Oberregierungsrat, es sei eines der erfreulichsten Zeichen der letzten Jahrzehnte, wie sich der vierte Stand, die Arbeiterklasse, emporgearbeitet habe, zur Teilnahme an den Freuden des Lebens und es sei kein Zweifel, dass die gewerkschaftlichen Ferienheime einen grossen Fortschritt für die Arbeiterklasse bedeuten.

SPD. In der sächsischen Kalkindustrie droht ein Arbeitskonflikt auszubrechen. Von der tariflichen Schlichtungsstelle war Ende Mai ein Schiedsspruch gefällt worden, der die alten Löhne ein Jahr unverändert weiter gelten lassen will. Mit Rücksicht auf die nicht besonders günstige Wirtschaftslage der Kalkindustrie hatten die Arbeiter den Schiedsspruch angenommen. Die Unternehmer lehnten ab und diktieren in ihren Betrieben durch Anschlag eine Kürzung der Stundenlöhne um 12% sowie Wegfall der Facharbeiterzulagen.

Die Arbeiter haben Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs beantragt. Wird sie nicht ausgesprochen, dann ist ein ernster Konflikt in der sächsischen Kalkindustrie kaum zu vermeiden. Merkwürdig berührt, dass der gleiche Arbeitgeberverband, der in Sachsen scharf macht, in Thüringen, wo er ebenfalls die Kalkindustrie betreut, einer unveränderten Weitergeltung des vorjährigen Lohnvertrags bis zum 30. Juni 1931 zugestimmt hat.

Wirtschaft Technik Handel

Hochzoll in U.S.A.

Wie hat ein europäisches Gegenprogramm auszusehen?

SPD. Die in der verflossenen Woche von dem nordamerikanischen Präsidenten Hoover unterzeichnete neue Zollvorlage bedeutet ohne Zweifel eine wesentliche Verschärfung der amerikanischen Absperrungspolitik und eine weitere Aufstockung des amerikanischen Hochschutzzollsystems. Der Ausgangspunkt der amerikanischen Zolltarifreform war das Wahlversprechen Hoovers, den bedrängten Farmern durch verstärkten Zollschatz Hilfe zu leisten. Die amerikanischen Industriekreise verstanden es jedoch, sich in die neue Zollregelung einzuschalten, und so ist nach mannigfachen Wechselfällen ein Zolltarif zustande gekommen, der selbst die prohibitivsten modernen Zollgesetze weit in den Schatten stellt.

Wenn auch auf industriellem Gebiete recht beträchtliche Zollerhöhungen vorgenommen worden sind, die den europäischen Industrieexport nach Amerika teilweise recht empfindlich treffen, so liegen doch die schlimmsten Zollsteigerungen auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Hier sind vor allem die starken Zollerhöhungen für Weizen und Fleisch zu erwähnen. Sie sollen dazu dienen, das amerikanische Preisniveau für tierische Produktion zu heben und den bisherigen Import aus Kanada und Argentinien durch eigene Produktion zu ersetzen. Dazu kommen die Verdoppelung des Zuckerzolles und die Heraufsetzung des Wollzolles. Wenn auch diese und zahlreiche andere Zollerhöhungen für agrarische Erzeugnisse fast ausschliesslich die agrarischen Ueberseeländer treffen, so sind doch die indirekten Auswirkungen für Europa nicht zu unterschätzen. Durch den rücksichtslosen agrarischen Protektionismus, der jetzt auch in Amerika seinen Einzug findet, muss die schwere Weltagrarkrise verschärft werden. Die Schwierigkeiten reiner Agrarländer (Argentinien, Kuba, Australien etc.) müssen sich zwangsläufig verstärken, die Aufnahmefähigkeit dieser grossen Absatzgebiete für Industrieerzeugnisse muss sich weiter verringern. So sind Verschärfung der weltwirtschaftlichen Störungen, verstärkter Druck der agrarischen Exportländer nach dem europäischen Markt und geminderte Kaufkraft dieser Länder für europäische Industrieerzeugnisse die zu erwartende Rückwirkung des neuen agrarischen Hochprotektionismus in Nordamerika.

Für die Billigung der agrarischen Hochschutzzölle haben sich nun die amerikanischen Industriekreise eigene Zollerhöhungen eingehandelt. Der ursprüngliche Widerstand gewisser landwirtschaftlicher Kreise gegen die "Raubzölle" der Industriellen ist rasch durch weitgehendste Konzessionen für die Farmer beseitigt worden: so kam es zur weiteren Heraufschraubung der Industriezölle. Das Schwergewicht der amerikanischen Industriellenzollerhöhungen liegt bei den hochwertigen Fertigwaren, Textilerzeugnissen, keramischen und Metallwaren, Holz- und Papierwaren, Uhren, ferner sind zahlreiche Chemikalien mit höheren Zöllen belegt worden. Es sind vor allen Dingen die hochwertigen Qualitätserzeugnisse, das Hauptkontingent des europäischen Industrieexports nach Amerika, die von den neuen Zollerhöhungen betroffen werden. Am schwersten dürften allerdings die Rückwirkungen der Zollerhöhungen für Frankreich und die Schweiz sein, deren Exporterzeugnisse in Zukunft vielfach auf dem amerikanischen Markt auf fast unüberwindliche Zollsätze stossen.

Aber auch für Deutschland, dessen Export nach Amerika sich in den letzten Jahren günstig entwickeln konnte, ergeben sich höchst unangenehme Folgen. Der deutsche Export erreichte im Jahre 1929, allerdings offensichtlich im Zeichen einer beträchtlichen Voreinfuhr, etwa 1 Milliarde Mark, nachdem er im Vorjahre ca. 800 Millionen Mark betragen hatte. Das Charakteristische des deutschen Amerikaexports besteht darin, dass an ihm, abgesehen von chemikalischen Produkten und Grosseisenerzeugnissen, in erster Linie die Verbrauchsgüterindustrien beteiligt sind. Die deutsche Ausfuhr nach Amerika setzt sich vorwiegend aus Waren der Verfeinerung und Luxusindustrie zusammen. Die Exporterzeugnisse sind zum grossen Teil Waren mit sehr hohem Arbeitswert. Textilindustrie, die Kleider- und Pelzkonfektion, die Leder- und Lederwarenerzeugung, die Keramik und die Kleineisen- und Spielwarenindustrie sind in hohem Masse auf den amerikanischen Exportmarkt angewiesen. So ist z.B. Amerika der Hauptabnehmer für deutsche Leinenerzeugnisse, für Stoff- und Lederhandschuhe. Vom deutschen Porzellan- und Lederwarenexport geht mehr als ein Fünftel nach den Vereinigten Staaten.

Von der deutschen Botschaft in Washington sind noch kurz vor der Verabschiedung der Zollnovelle neue Proteste der amerikanischen Staatsregierung übergeben worden. Es ist darauf hingewiesen worden, dass fast alle deutschen Exportwaren nach der Vereinigten Staaten von der Zolltarifierhöhung betroffen und dass einzelne deutsche Industriezweige, wie die Uhren-, Lederwaren-, die Porzellan- und Schmuckwarenindustrie sowie die Tuchfabrikation aufs schwerste geschädigt werden. In der Tat ist zu befürchten, dass der deutsche Export nach Amerika auf verstärkte Schwierigkeiten stösst.

Das Inkrafttreten des neuen Zolltarifs hat fast in allen Ländern eine starke Entrüstung über die Absperrungspolitik der Amerikaner und über ihre Verständnislosigkeit gegenüber den dringendsten Exportbedürfnissen der amerikanischen Schuldnerländer hervorgerufen. Das Vorgehen Amerikas trägt jedenfalls in keiner Weise zu einer Behebung der jetzigen Weltwirtschaftskrise bei, es besteht vielmehr die Gefahr, dass durch eine Nachahmung des amerikanischen Beispiels in anderen Ländern die Überwindung der weltwirtschaftlichen Störung weiter erschwert wird. Durch die rigorose Tarifnovelle der Vereinigten Staaten wird auch die schutzzöllnerische Reaktion in der ganzen Welt neue Argumente erhalten. Allerdings wäre es grundfalsch, wenn die amerikanische Hochschutzzollpolitik mit einem entsprechenden Aufrüsten der anderen Länder quittiert würde. Die europäische Exportindustrie muss vielmehr das Ziel verfolgen, die Möglichkeiten der Zollherabsetzung, die im neuen amerikanischen Zollgesetz in der gleitenden Zollskala gegeben sind, voll auszuschöpfen. Sie darf sich nicht auf Protestresolutionen und Abwehraktionen gegen Amerika beschränken, die ohnehin infolge der starken Abhängigkeit der europäischen Industrieländer vom amerikanischen Kapitalmarkt in ihrer Wirkung problematisch bleiben, sondern muss der amerikanischen Absperrungspolitik ein positives europäisches Aktionsprogramm entgegensetzen. Das Ziel der europäischen Handelspolitik muss heute mehr denn je auf einen Abbau der europäischen Zollmauern und auf eine Niederlegung der innereuropäischen Zollschränken gerichtet sein, um ein einheitliches Grosswirtschaftsgebiet zu schaffen, durch das allein eine wesentliche Markterweiterung zu erreichen ist. Nur durch eine Zusammenfassung der europäischen Wirtschaftskräfte wird erfolgreich gegen die amerikanische Isolierung anzukämpfen sein.

SPD. Die geplante Umwandlung der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen G.m.b.H. (V.E.W.) in eine Aktiengesellschaft unter Führung der Deutschen Bank und Discontogesellschaft bedeutet die Uebereignung eines wichtigen Teiles der deutschen Energieproduktion an das Privatkapital. Eine Korrektur wäre frühestens erst 1934 möglich, wo der Kredit der Banken an die V.E.W. gekündigt werden kann. Man darf sich aber darüber keiner Täuschung hingeben, dass das Privatkapital Mittel und Wege finden wird, diese Korrektur zu verhindern, wie

es bisher Mittel und Wege gewusst hat, seine Absichten durchzusetzen. So sind die Möglichkeiten einer anderen Regelung keineswegs ausgeschöpft worden. Wie der "Soz. Pressedienst" erfährt, waren zwischen der "Preussischen Elektrizitäts A.G. (Preag)", den V.E.W. und dem RWE (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk), Besprechungen angesetzt, die sich mit solchen Möglichkeiten beschäftigen sollte. Diese Besprechungen sind abgesagt worden und zwar in einer Form, die mehr als auffällig ist.

Die V.E.W. hatten im Jahre 1929 eine Leistung von 625 Millionen Kilowattstunden. Die Werke waren immer rentabel. Ein wichtiger Kunde der V.E.W. ist allerdings die Schwerindustrie. Auf 873 Grossabnahmen kommen z.B. 215 000 Kilowatt Anschlusswert, während auf die 242 000 Kleinabnehmer im Jahre 1928 ein Anschlusswert von nur 239 000 Kilowatt entfallen. So wird der Wunsch des schweren industriellen Kapitals begreiflich, seinen Einfluss auf das kommunale Werk auszuweiden. In Frage kommen hier die Vereinigten Stahlwerke.

Der starke Geldbedarf bei den V.E.W. erklärt sich aus der vorgenommenen Ausdehnung. Die 1928 durchgeführte Kapitalerhöhung von 40 auf 60 Millionen Mark konnte nicht genügen und auch über eine 20 Millionen Dollaranleihe von 1928/29 hinaus mussten noch Bankkredite aufgenommen werden, die heute wohl einen Betrag von 70 bis 80 Millionen Mark erreicht haben dürften. Im Jahre 1929 wurde eine neue Kapitalerhöhung von 60 auf 75 Millionen Mark beschlossen, die aber bisher nicht durchgeführt wurde, da den kommunalen Anteilseignern durch die Verschlechterung der Wirtschaftslage und durch die systematische Diskreditierung des öffentlichen Kredits die entsprechenden Kapitaleinzahlungen nicht leisten konnten. Es kommt hinzu, dass unter der verantwortlichen Leitung der Generaldirektoren Krohner und Fischer manche kostspielige Kapitalanlage durchgeführt wurde (Zechenkäufe und Gründung von Gasgesellschaften), die bei erheblicher Belastung mit kurzfristigen Krediten entweder Verluste brachten oder erst auf lange Sicht rentabel werden können. So waren es ein natürlicher Zwang zur Expansion, eine künstliche Hemmung der Kapitalversorgung und Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten und endlich eine zunächst unfruchtbare, aber kostspielige Konzernausdehnung, die die Finanzierung der V.E.W. erschwerte. Das ist die Situation, in der die Generaldirektoren des V.E.W. unter Missachtung aller Tradition und öffentlichen Pflichten beschlossen, sich dem Bankkapital hundertprozentig in die Arme zu werfen.

Zweifellos werden heute die Dinge so dargelegt, als ob den V.E.W. wegen ihrer drückenden Finanzlage und wegen der Kapitalbeschaffungsschwierigkeiten bei den Kommunen kein anderer Weg als der der überwiegenden Privatisierung durch das "Privatkapital übrigbleibe. Ohne Zweifel werden die finanziellen Schwierigkeiten heute ernster dargelegt, als sie in Wirklichkeit sind. Mitte Dezember 1929 hat die Verwaltung der V.E.W. erklärt, dass sie zwar erheblichen Kapitalbedarf habe, dass aber keine Rede "von irgendwelchen wirtschaftlichen oder finanziellen Schwierigkeiten" sein könne. Für die Kapitalaufnahme bestehe noch genügend Raum, nachdem das amerikanische Anleihekonsortium (Harries, Forbes und Speyer, New York) bei der Gewährung der 20 Millionen Dollaranleihe noch eine Generalhypothek auf 50 Millionen Dollar genommen habe. Es sei eine Anleihe von 10 bis 12 Millionen Dollar vorbereitet, die nur wegen der Schwierigkeiten am amerikanischen Kapitalmarkt hinausgeschoben sei, aber im Frühjahr (1930) sicher aufgelegt werden könne. Freilich werde wegen der schwierigen Finanzlage erwogen, ob man nicht bei einer notwendigen Kapitalerhöhung auch das Privatkapital beteiligen müsse.

Man muss darüber staunen, dass heute von dieser, damals sicher erwarteten Anleihe keine Rede mehr ist, dass jetzt die Privatbanken Grossaktionäre werden müssen, um eine Anleihe zu ermöglichen, und dass die Entkommunalisierung als ungeheuerlicher Preis für die Lösung der Finanzfragen gezahlt werden soll. Man muss umso mehr darüber staunen, als die Verwaltung der V.E.W. offensichtlich bewusst Gelegenheiten beiseite geschoben hat und beiseite schiebt, die Finan-

zierungsfrage in einer Weise zu lösen, die die gesamtwirtschaftlichen Interessen auf elektropolitischem Gebiet nicht in so gefährlicher Weise in Frage stellen, wie es durch den Bankenvertrag geschieht. Herr Krohne ist Vorsitzender der Interessengemeinschaft kommunaler Elektrizitätswerke, die V.E.W. sind Mitglied in der A.G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft-Berlin, die sich den einheitlichen Aufbau der deutschen Kraftwirtschaft zum Ziel gesetzt hat. Es hätte sich von selbst verstehen müssen, dass die Verwaltung der V.E.W. alle Möglichkeiten restlos auszuschöpfen sucht, die durch Zusammenwirken der Mitglieder der A.G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft, zu denen auch die benachbarten Elektrizitätswerke Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk und Preussischer Elektrotrust gehören, zu schaffen sind. Herr Krohne und Herr Fischer haben es aber merkwürdiger Weise für richtig gehalten, die elektropolitische Selbständigkeit Westfalens in einem Vertrag mit dem privaten Bankkapital sichern zu wollen, der wegen der Unkontrollierbarkeit der Bankenpolitik in die westfälische und in die ganze westdeutsche Elektrowirtschaft einen Unsicherheitsfaktor hineinbringt und alle Hoffnungen auf eine rationelle und einheitliche Elektrowirtschaft zerschlagen kann. Unter diesem Gesichtspunkte liegen auch einerseits die gesamtwirtschaftlichen Interessen und Pflichten Preussens klar, der Verwaltung der V.E.W. in den Arm zu fallen, und auf der anderen Seite die fruchtbaren Möglichkeiten des R.W.E., das ja auch zu 75 % öffentlich genannt werden muss. Die bisherige grosszügige Elektropolitik im R.W.E. dürfte schon von sich aus nicht zulassen (wenn sie richtig beraten ist), dass den Banken Einfluss eingeräumt wird, der höchst gefährlich werden kann.

Was wollen die Banken mit diesem Vertrag? Die Banken haben gegenwärtig keine gute Zeit. Am normalen Kreditgeschäft verdienen sie wenig, klotzig verdient werden kann aber an grossen Aktienpaketen der öffentlichen Betriebe, als an den 60 Millionen jungen V.E.W.-Aktien, für die man sich eine sichere Vorzugsdividende garantieren lässt, und in denen auf die Dauer, weil der Elektrowirtschaft die Zukunft gehört, ebensowenig ein Risiko steckt wie in den den öffentlichen Elektrowerken gewährten Krediten. Für diese erhofften Riesengewinne aus dem grossen V.E.W.-Aktienpaket haben die Banken auch von vornherein jede Gefährdung dadurch ausgeschlossen, dass sie jedes Vorkaufsrecht der kommunalen Anteilseigner am V.E.W. grundsätzlich abgelehnt haben. Es kann keinen besseren Beweis als diese Ablehnung des Vorkaufsrechts dafür geben, dass die Banken mit jedem ihr Aktienpaketgeschäft machen werden, der ihnen den höchsten Preis zahlen wird. Das aber ist unter deutschen elektropolitischen Gesichtspunkten eine öffentliche Gefahr, die abgewendet werden muss.

SPD. Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzesentwurf zugeleitet, in dem es einen Kredit in Höhe von 5½ Millionen Mark für die Niederschlesische Bergbau A.G. anfordert. Die Gründung der genannten Gesellschaft wurde nötig, um eine Stilllegung grössten Stils im niederschlesischen Bergbau zu verhindern. Die in Durchführung begriffene Rationalisierung erfordert einen Kostenaufwand von 11 Millionen Mark, die die Firma selbst nicht tragen kann. Das Reich hat seine Hilfe jedoch von einer Beteiligung Preussens abhängig gemacht. Der entsprechende Landtagsausschuss hat der geplanten Kreditgewährung bereits im Frühjahr 1930 zugestimmt.

SPD. Der zwischen Rumänien und Deutschland abgeschlossene provisorische Handelsvertrag baut sich auf der Meistbegünstigungsklausel auf und hat eine Laufzeit bis zum 28. Februar 1931. Der Vertrag soll bereits am 9. Juli 1930 in Kraft treten. Die jetzt zum Abschluss gebrachten Verhandlungen komplizierten sich durch die rumänische Forderung, wonach Deutschland ein bedeutendes Kontin-

gent an ^Gerste und Mais rumänischer Provenienz aufkaufen sollte. Die deutsche Delegation lehnte diese Forderung unter Berufung auf technische Schwierigkeiten ab. Es ist dann eine Einigung derart zustande gekommen, dass die Bukarester Regierung dem rumänischen Getreideexport einen Betrag von 60 Millionen Lei zur Verfügung stellt. Die Summe wird der rumänischen Regierung durch das deutsche Reich ersetzt. Dazu erklärte der Führer der deutschen Delegation, Ministerialdirektor Posse, gegenüber dem Bukarester Korrespondenten des "Soz. Pressedienst", dass die Deutschen zuerst eine Summe von $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark angeboten hätten, die sie schliesslich auf 4 und dann auf 5 Millionen Mark steigerten. An der Beihilfe sei das Reich mit $33\frac{1}{3}\%$ beteiligt. Den Rest hätten 5 deutsche Industrieunternehmen aufzubringen, denen man rumänische Aufträge über die Reparationslieferungen hinaus zugesichert habe. Mit dem zu erzielenden Reingewinn sollen die Zuschüsse abgedeckt werden.

SPD. Die Elektrolux A.G., die deutsche Tochtergesellschaft der schwedischen Elektrolux, bleibt für das verfllossene Jahr dividendenlos. Der Bruttogewinn wird mit 180 000 gegenüber 608 000 Mark im Vorjahr angegeben. Die Abschreibungen sind stark heraufgesetzt und zwar von 40 000 auf 78 000 Mark. Das laufende Geschäftsjahr wird befriedigend beurteilt.

Berliner Viehmarkt.

(24. Juni).

SPD. Die Neigung, die Viehpreise zu treiben - was mit der anhaltenden warmen Witterung begründet wird -, prägte sich am Dienstag auf dem Berliner Markt scharf aus. Bei glattem Handel konnten die Preise auf dem Schweinemarkt für die einzelnen Klassen ganz bedeutend anziehen. Der Markt, der schnell geräumt wurde, war allerdings mässig beschickt. Die Forderungen der Verkäufer lagen schon bei Anfang des Marktes um 4 bis 5 Pfennige höher. Auch auf dem Kälbermarkt konnten sich, trotz reichlicherer Beschickung, Preiserhöhungen durchsetzen, die über die Rückgänge der letzten Markttag hinausgingen. Die Beschickung des Marktes war reichlich. Der Rindermarkt dagegen zeigte knappen Auftrieb. Auch hier zogen die Preise in allen Klassen an. Der Markt wurde schnell geräumt. Das Ausmass der Preissteigerung beträgt 3 bis 4 Pfennige pro Pfund Lebendgewicht.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 44 - 49 (voriger Markt 43 - 48), b) 38 - 43 (37 - 42), c) 33 - 37 (31 - 35), d) 26 - 30 (25 - 28). Kälber: a) - (-), b) 65 - 71 (63 - 70), c) 55 - 65 (55 - 62), d) 40 - 50 (40 - 50). Schweine: a) (über 300 Pfd.) 60 - 61 (53 - 55), b) (240 - 300 Pfd.) 61 - 63 (55 - 56), c) (200 - 240 Pfd.) 62 - 63 (56 - 58), d) (160 - 200 Pfd.) 62 - 63 (56 - 58), e) (120 - 160 Pfd.) 60 - 62 (56 - 57), f) (unter 120 Pfd.) - (-), g) (Sauen) 53 - 54 (49).

Lustlos und nachgebend.

(Berliner Getreidebörse vom 24. Juni).

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Dienstag in sehr ruhiger Haltung. Es herrschte wenig Unternehmungslust und die Umsatzfähigkeit blieb gering. Obwohl in promptem Weizen kein grosses Angebot vorlag, kamen Verkäufe dennoch nur zu nachgebenden Preisen zustande. Auch neuer Weizen war nur spärlich offeriert. Das gleiche gilt von Roggen aus alter und neuer Ernte. Das wenige Material an promptem Roggen wurde von der Stützungsstelle zu unveränderten Preisen angenommen. Auch am Markte der Zeitgeschäfte war die Umsatzfähigkeit bei nur wenig veränderten Kursen recht gering. Am Mehlmarkt hat sich keine Belebung eingestellt. Nachfrage herrschte nur nach Roggenmehl in geringeren Qualitäten und zu unveränderten Preisen. Für Hafer war die Stimmung etwas schwächer, obwohl das Angebot in keiner Weise zugenommen hat.

	23. Juni	24. Juni
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	300 - 304	297 - 300
Roggen	172 - 177	172 - 177
Futter- und Industrieroggen	168 - 184	168 - 184
Hafer	150 - 161	150 - 161
Weizenmehl	33,75 - 41,75	33,75 - 41,75
Roggenmehl	21,75 - 24,75	23,00 - 24,90
Weizenkleie	7,60 - 8,10	7,60 - 8,10
Roggenkleie	7,75 - 8,00	7,75 - 8,00.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 290,50 - 291, September 259-258,50 Brief, Oktober 259,50. Roggen Juli 169,50-169, September 174-173,50, Oktober 175,50-175 Brief. Hafer Juli 169 und Brief, September 170 - 170,25 Geld, Oktober 175.

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, 24. Juni).

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen).....	RM.	1.00	=	1.15
" " Weizenstroh "	"	0.85	=	1.05
" " Haferstroh "	"	0.60	=	0.70
" " Gerstenstroh "	"	0.60	=	0.70
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt.....	"	0.85	=	1.05
Bindfadengepresstes Roggenstroh	"	0.70	=	0.85
" " Weizenstroh . Tendenz ruhig.....	"	0.60	=	0.70
Häcksel	"	1.50	=	1.65
Handelsübliches Heu, gesund und trocken neu.....	"	1.50	=	1.70
Gutes Heu, gesund und trocken	"	1.90	=	2.20
Luzerne, lose	"	2.40	=	2.70
Thymothee, lose	"	2.40	=	2.60
Kleeheu, lose	"	2.30	=	2.50
Drahtgepresstes Heu	"	0.40	=	über Notiz.

Buttermarkt.

PD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 24. Juni: I. 138 Mark, II. 128 Mark, III. 112 Mark je Zentner. Tendenz fest.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 24. Juni (Fig. Ber.)

In der Dienstagsitzung des Preussischen Landtages teilte Präsident Bartels dem Hause mit, dass für den verstorbenen Abg. Faber=Frankfurt a.O. (Soz.) der Abg. Steinbrecher (Soz.) eingetreten ist. Nach Erledigung einer ganzen Reihe kleinerer Vorlagen folgte die erste Lesung des Gesetzentwurfes betr. den Staatsvertrag über eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Bremen und Preussen.

Abg. Stendel (DVP.) sieht in dem Entwurf ein Stück Reichsreform, bedauert jedoch die späte Einbringung der Vorlage. Seine Fraktion sei bereit, den Staatsvertrag zu verabschieden, verlange aber im Ausschuss von der Regierung noch Auskunft über bestimmte Fragen. - Abg. Dr. von Kries (Dtn.) schliesst sich den Ausführungen des Vorredners an. - Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) erklärt, dass der Staatsvertrag lediglich die kapitalistische Monopolstellung der Hochseefischerei festigen soll.

Abg. Leinert (Soz.)

begrüsst den Vertrag. Die Frage der Reichsreform spiele hierbei jedoch nicht die Rolle, wie die wirtschaftlich günstige Lösung der Hochseefischereifrage. Insofern sei der Vertrag für die Versorgung Deutschlands mit Seefischen von ausserordentlicher Bedeutung. Durch die Errichtung einer Betriebsgesellschaft zwischen Preussen und Bremen werde an den jetzigen Eigentumsverhältnissen absolut nichts geändert. In dem Vertrag vermisse er allerdings eine Bestimmung, dass der Geschäftsbericht der Hafenbetriebsgesellschaft dem Landtag vorgelegt werden muss.

Hierauf wird die Vorlage dem Hauptausschuss überwiesen. - Der Gesetzentwurf über eine Aenderung des Preussischen Staatsgebiets (unwesentliche Aenderungen der Grenze mit der Tschecho Slowakei) geht ohne Aussprache an den Verfassungsausschuss.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Regierungsparteien über das Schulgeld an den höheren Schulen. Danach soll das Schulgeld an den höheren Schulen so erhöht werden, dass ein Viertel der Erhöhung der Begabtenförderung zur Verfügung gestellt wird. Ausserdem soll nach einem Entschliessungsantrag der Regierungsparteien der Staat aus dem Mehraufkommen noch einmal ein Drittel (rd. eine Million) für Erziehungsbeihilfen, zur Unterstützung von Arbeiterkursen, Stipendien etc. zur Verfügung stellen. Die Mittelschulen sollen in die Erhöhung nicht mit einbezogen werden. Die sogenannte Geschwisterermässigung soll sich künftig nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Erziehungsberechtigten richten.

An der Aussprache beteiligen sich nur die Oppositionsparteien, die den Entwurf ablehnen. Die Wirtschaftspartei will sich die Stellungnahme bis zur dritten Lesung vorbehalten. - Der Entwurf wird mit den dazu gestellten Anträgen der Regierungsparteien in zweiter Lesung angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch, den 25. Juni, 12 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die namentlichen Abstimmungen über die Feststellung des Haushaltsplanes für 1930 und über die Notverordnung betr. die Erhöhung der Grundvermögenssteuer. Die Abstimmungen sind auf 2 Uhr angesetzt.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD, Berlin, den 24. Juni (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag befasste sich am Dienstag mit dem Gesetzentwurf betr. den Staatsvertrag über eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Bremen und Preussen, der kürzlich unterzeichnet wurde und nach den Bestimmungen der Verfassung noch der Genehmigung des Landtages bedarf. Um das Neben- und Gegen-einanderarbeiten der preussischen und der Bremer Häfen zu verhindern, ist in dem Vertrag eine Hafenbetriebsgemeinschaft zwischen Bremen und Preussen gegründet worden. Die Vorlage wurde den Hauptausschuss überwiesen. Weiter hatte die sozialdemokratische Fraktion durch den Abg. Leinert ihre Zustimmung zu dem Vertrag erklären lassen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung entfesselte die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Regierungsparteien über die Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen eine längere Aussprache, an der sich aber nur Redner der Oppositionsparteien beteiligten. Der vierte Teil der Erhöhung soll der Begabtenförderung zur Verfügung gestellt werden. Ausserdem soll der Staat nach einem Entschliessungsantrag der Regierungsparteien aus dem Mehraufkommen noch einmal den dritten Teil, das ist eine Million, für Erziehungsbeihilfen, zur Unterstützung von Arbeiterkursen, Stipendien etc. zur Verfügung stellen. Die Mittelschulen sollen in die Erhöhung nicht mit einbezogen werden und die sogenannte Geschwisterermässigung soll sich künftig nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Erziehungsberechtigten richten. In dieser Form wurde der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

Am Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, werden die Abstimmungen über den Gesamtetat für 1930 in dritter Lesung wiederholt.

Deutscher Reichstag

182. Sitzung vom 24. Juni, 11 Uhr.

SPD. Ohne Aussprache wird zunächst ein Nachtrag zur Denkschrift des Rechnungshofes dem Haushaltsausschuss überwiesen. Dann wird die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums fortgesetzt.

Abg. Freybe (Wirtschaftspt.) betont, die letzten zollpolitischen Massnahmen hätten bisher noch keine positiven Wirkungen gehabt. Es müsse also nach anderen Mitteln gesucht werden, um den Absatz der landwirtschaftlichen Produkte zu fördern. Man müsse das Problem der Gestehungskosten anfassen und endlich einmal ganz energisch Stellung nehmen gegen das Trust-, Syndikat- und Konzernsystem mit seiner Preispolitik, die für das Gewerbe und auch für die Landwirtschaft die Gestehungskosten so steigere, dass eine Rentabilität ausgeschlossen sei. Die Industrie habe immer nur den Export im Auge gehabt und den Inlandsmarkt nicht pfleglich behandelt. Die Rohstoffpreise in Deutschland müssten endlich abgebaut werden. Höchst bedenklich sei auch die Überspannung der Zinssätze durch die Grossbanken. In der Zollpolitik für landwirtschaftliche Produkte werde man von dem System der Meistbegünstigung abkommen müssen. Die beiden Gesellschaften, denen die Stützung der Roggenpreise mit öffentlichen Mitteln übertragen sei, habe in einer Weise manipuliert, die zur schwersten Schädigung des Handels und der Müllerei geführt habe. Auf diesem und auf vielen anderen Gebieten habe das Ministerium den sozialistischen Experimenten des Dr. Baade viel zu grossen Spielraum gewährt zum Schaden des deutschen Gewerbes. Zur Förderung des Roggenabsatzes beantrage seine Fraktion, dass den Erwerbslosen ein Teil ihrer Unterstützung in Form von Roggenbrot-Gutscheinen gegeben werde.

Abg. Mache (Soz):

Ungeheure Not herrscht im Osten, aber die vorgeschlagene Osthilfe bringt nur Subventionen für den Grossgrundbesitz, dessen Not manchmal nur vorgespiegelt oder durch Leichtfertigkeit herbeigeführt ist, entgegen der Not der Kleinbauern, Arbeiter und Handwerker, denen die armen Gemeinden nicht helfen können. Die Arbeitslosigkeit ist beträchtlich höher als im Reichsdurchschnitt. In Breslau z.B. sind am 31. Mai 9 000 Arbeitslose, d.h. 76 Prozent aller Bauarbeiter gezählt worden, die im November ausgesteuert sein werden! 16 952 ausgesteuerte Erwerbslose sind am 18. Juni in Breslau gezählt worden, mit den Familienangehörigen leben 176 215 Personen in Breslau von der Wohlfahrtunterstützung. Nicht besser ist es in den anderen Städten Schlesiens. Diese besonders grosse Not ist verursacht durch die Verschlechterung der Absatzverhältnisse infolge der Gebietsabtretungen. Raum ohne Volk ist dort vorhanden, ein Bauernwall soll geschaffen werden, um die nationalen Interessen zu schützen; aber der deutsche Grossgrundbesitz zieht immer wieder polnische Landarbeiter heran, während zehntausende deutscher Landarbeiter ohne Beschäftigung sind, weil sie sich nicht mehr als Sklaven behandeln lassen, in Höhlen wohnen und sich nicht jeder Herrenwillkür beugen wollen. Auf der anderen Seite jammert man über polnische Spionage. So sehen die "nationalen Belange" dieser Grossgrundbesitzer aus:

Das Einkommen der Arbeiter in den östlichen Regierungsbezirken liegt 25 bis 35 % unter dem Reichsdurchschnitt. Die Arbeiterschaft trägt also allein die Lasten der ungünstigen wirtschaftlichen Lage. Das wichtigste Problem des Ostens ist die Arbeitsbeschaffung, die Abg. Hergt bezeichnenderweise nur ganz nebenbei erwähnte. Die Provinzen und Gemeinden können die notwendigen Bahn- und Strassenbauten zur Wiederherstellung der durch Grenzziehung zerrissenen wirtschaftsnotwendigen Verbindungen nicht selbst finanzieren. Der Absatz kann nicht ohne Verkehrsmittel und neue Wasserstrassen verbreitert werden. Auf

der Oder bleiben im Sommer stets die Schiffe das billigste Massentransportmittel liegen. Im vorigen Jahr war die Oder nur 187 Tage schiffbar. Den zusammenbrechenden Gemeinden müssen die riesig hohen Wohlfahrtslasten abgenommen werden. Die Stimmung in den Kreisen der Unterstützten und Ausgesteuerten ist furchtbar erregt. Ein grosser Teil der Ostnot ist durch die jahrelange Verschleppung des deutsch-polnischen Handelsvertrags verschuldet. Die Agitation des Abg. Hepp gegen diesen Vertrag ist verantwortungslos. Abg. Hergt hat von Hemmungen durch Preussen in der Durchführung der Osthilfe gesprochen. Ganz das Gegenteil ist der Fall. Die feindselige Stimmung, die gegen das durch die Herren Hergt und Gesinnungsgenossen politisch geleitete alte Preussen im Volke herrschte, ist der entgegengesetzten Stimmung gewichen, da die preussische Regierung der erste Helfer war, der zur Linderung der Not eingriff. Herr Hergt holt sich seine Stimmungsberichte nur aus den Schlössern und Herrensitzen des Grossgrundbesitzes, der natürlich den Verlust seiner Vormachtstellung durch starre Feindschaft gegen das neue Preussen quittiert. Von der wahren Volkstimmung im Osten hat Abg. Hergt keine Ahnung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir verlangen bei den Hilfsmassnahmen für den Osten entscheidende Berücksichtigung der notleidenden werktätigen Massen durch grosszügige Arbeitsbeschaffung. (Bravo bei den Soz.)

Abg. Frhr. v. Rheinbaben (D.Vp.) begrüsst das Osthilfegesetz. Die Not der Wirtschaft des Ostens sei nicht nur eine Not der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie, des Gewerbes und der Gemeinden. In den notleidenden Gebieten des Ostens sollte man überhaupt von der Einziehung der Industriebelastung absehen. Durch eine Reform der Industriebelastung müsste der oberschlesischen Kohlenwirtschaft ein Ausgleich gewährt werden für die Schädigungen, die ihr beim Inkrafttreten des deutsch-polnischen Handelsvertrages durch die Konkurrenz der polnischen Kohle erwachsen werden. Von einem Ostmoratorium kann natürlich keine Rede sein. Die allgemeine Finanznot beschränkt leider das Mass der Hilfe, das wir leisten können. In Schlesien versteht es kein Mensch, dass nicht ganz Schlesien in das Betreuungsgebiet des Gesetzes einbezogen worden ist. Es kommt bei der Osthilfe nicht allein auf die Geldmittel an, sondern auf die Artm in der die Verwaltung den Kampf um die Aufrechterhaltung des Deutschtums führt. Auf diesem Gebiet sollte die preussische Verwaltung mehr als bisher für den Osten tun. Die unbedingte Voraussetzung für die Osthilfe ist die Sanierung der Reichsfinanzen. Dieses Junctim ist ganz natürlich gegeben. Ohne Young-Plan würden uns auch noch die 700 Millionen fehlen, die wir für die Osthilfe brauchen. Auf der Konferenz der Landeshauptleute hat am nachdrücklichsten von allen der sozialdemokratische Landeshauptmann der Grenzmark Posen-Westpreussen darauf hingewiesen, dass die Hauptursache der Ostnot in der unmöglichen Grenzziehung liegt. Wenn wir auf eine gerechtere internationale Grenzregelung hoffen, so haben wir doch zunächst die Aufgabe, aus eigener Kraft unseren Landsleuten im Osten zu helfen.

Abg. Rönneburg (Dem) kritisiert eingehend die Kreditgewährung in Ostpreussen mit ihrer grossen Verschiedenheit der Beleihungsgrenzen; diese sollte nicht über 60 % gesteigert werden. Abg. Hergt verlangt, dass Preussen zwar weiter wie bisher zahlen, aber nicht mitbestimmen soll. Davon kann gar keine Rede sein. Der grösste Teil der gefährdeten Hypotheken entfällt auf grössere und Grossbetriebe, wobei mit dem Verlust von 85 % dieser Hypotheken zu rechnen ist. Von den umgeschuldeten Betrieben ist noch keiner zur Zwangsversteigerung gekommen. Die Preussenkasse ist jeder Diskontherabsetzung gefolgt - nicht aber die Rentenbank. 75 Millionen hat die Herrn Hergt sympathische Kreditgewährung den Steuerzahlern gekostet. Herr Hergt hat dunkle Verdächtigungen vorgebracht. Wir fordern Beweise für die angebliche Parteilichkeit der Ostpreussenhilfe. Im Gegensatz zu Hergt und Gayl fordern wir, dass die Interessenten von der Kreditgewährung ausgeschaltet werden. (Lebh.Zustimmung links) Durch die neue An-

liegersiedlung sind in 10 Monaten über 1200 Kleinbauern und Landarbeiter mit 26 000 Morgen angesiedelt worden, - gegen vorher in 9 Jahren nur 23 000 Morgen (Lebh.Hört! Hört! links).

Ein kommunistischer Misstrauensantrag gegen Minister Schiele läuft ein. - Heiterkeit.

Abg. Graf zu Eulenburg (Dntl): Bei einer unsinnigen Finanzpolitik kann die verhängnisvollste Agrarpolitik die Landwirtschaft nicht aus dem Untergang der Gesamtwirtschaft herausreißen. Der Regierung Brüning, der nachgerühmt wurde, dass sie in zwei Wochen die Finanzen geordnet habe, würde man jetzt zu viel Lob spenden, wenn man sagen würde, sie hätte die Finanzen für zwei Wochen geordnet. Der Abmarsch einer Gruppe der Rechten zur Mitte, zuerst mit der Tat Yorks bei Tauroggen verglichen, war eine unverantwortliche Schwächung der Landwirtschaft. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind anstatt zu steigen ständig gefallen. (Zuruf des Ministers Schiele: "Sprechen Sie doch endlich zur Sache". Erregte Zurufe der Deutschnationalen: "Gehört das vielleicht nicht zur Sache?") Die Roggenvalorisierungsmassnahmen, erschwert durch die schlechte Erbschaft, die Minister Schiele antreten müsste, müssen so beschleunigt werden, dass sie noch vor der Ernte zum vollen Erfolg führen. Das Hindenburgwort, dem Landvolk solle geholfen werden, droht verfälscht zu werden. Der von unserem Parteivorsitzenden vorhergesehene Zusammenbruch der "Realpolitik" der Mitte ist eingetreten. (Beifall bei den Deutschnat. - Ironische Zurufe links und in der Mitte.)

Minister Schiele:

Die Durchführung des Ostprogramms wird verfassungsmässig durch die Regierung verantwortet. Die Ausführungen des Abg. Schmidt-Cöpenick und die sozialdemokratischen Anträge lassen die Erkenntnis von der Bedeutung der Veredlungswirtschaft vermissen, insbesondere der Streichungsanträge für den Titel zur Erleichterung des Schlachtviehexportes. Hat nicht die Sozialdemokratie in der Regierung ständig die Forcierung der Veredelungswirtschaft gefordert? Wie will man der Überlastung des Schlachtviehmarktes durch die Einfuhrkontingente aus dem polnischen Handelsvertrage sonst begegnen? Ich hoffe auf Zurückziehung dieses sozialdemokratischen Antrages. Da, wo handelsvertragliche Bindungen den Absatz erschweren, muss der Absatz durch Reichsunterstützung erleichtert werden. Wir müssen los von der Vorstellung, dass der ostdeutsche Roggen nur durch Export abgesetzt werden könnte. Es war von vornherein falsch, zu glauben, dass ich in allzu kurzer Zeit Entscheidendes erreichen könnte. Vorschusslorbeeren habe ich nicht entgegengenommen, und für meine Person auch nie gesehen. Die einzige Hoffnung der deutschen Landwirtschaft liegt in nüchterner Realpolitik, und man soll diese Hoffnung nicht durch eine Politik: "Haut den Lukas" wieder zunichte machen. (Heiterkeit) Ich bitte den Grafen zu Eulenburg um Nennung der beschleunigten Massnahmen, die ich versäumt haben soll.

Die von sozialdemokratischer Seite beantragte Aufhebung des Weizenvermahlungszwanges ist unverständlich; die frühere Regierung war sich doch darüber einig, dass der Import von Auslandsweizen herabgedrückt werden sollte. (Zuruf des Abg. Schmidt-Cöpenick (Soz): "Die Massnahme war nur vorübergehend gedacht") Der Wert von vorübergehenden Massnahmen besteht oft darin, dass sie sich als dauernd notwendig erweisen. Zur Gefrierfleischfrage, die wahrscheinlich Frau Abg. Wurm (Soz), die noch auf der Rednerliste steht, berühren wird, will ich im voraus sagen, dass endlich der Überfluss an deutschem Fleisch vom Markt verschwinden muss. (Zuruf von den Soz.: "Dann senken Sie nur erst die Preise"). Die Preise liegen heute unter dem Niveau von 1913. (Widerspruch bei den Soz.)

Abg. Herbert-Franken (Bayer.Vp.) tritt für die Wein- und Obstbauern, sowie die Kleinbrenner und Hausbrauer seiner Heimat ein.

Abg. Kerschbaum (D.Vp.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu den Regierungsvorlagen und fordert, dass dem ungeheuer verteuernenden Zwischenhandel

entgegengetreten werden muss.

Es folgen die Abstimmungen zu den bereits in der vorigen Woche erledigten Haushaltsplänen, zunächst des Reichsinnenministeriums. Hierzu werden Entschliessungen des Ausschusses angenommen, u.a. auf Massnahmen gegen die Herabsetzung und Verächtlichmachung der Weltanschauungen. Hierzu wird in namentlicher Abstimmung mit 237 gegen 177 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Entschliessung Dr. Schreiber (Z) angenommen, die statt "der Weltanschauungen" sagt: "des Religiösen". Angenommen wird auch eine Entschliessung Mumm (Chr.Nat.), Drewitz (WiP) auf Verbot des Alkoholzusatzes zu Weinen. Abgelehnt wird die Ausschussentschliessung auf rechtliche Gleichstellung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung; dafür stimmt die Linke. Auch die einheitliche Regelung des Taubstummenwesens in den Ländern wird abgelehnt, ebenso deutschnationale Anträge gegen das Stahlhelmverbot im Westen und gegen die Bestimmungen über das Verbot von Wehrverbänden.

Der Haushalt des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete, sowie der des Reichswirtschaftsministeriums werden angenommen.

Die Ausschussvorlage auf Amnestierung der Fememörder wird in namentlicher Abstimmung mit 231 Stimmen der Regierungsparteien, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten gegen 182 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten angenommen. Die dritte Lesung steht nicht auf der Tagesordnung. Von der äussersten Rechten wird sie verlangt. - Vicepräsident Esser: Der Reichsjustizminister hat besonders darum gebeten, die dritte Lesung nicht schon heute vorzunehmen (Rufe rechts: Wo ist er denn? Er soll herkommen!)

Da ein Antrag, die dritte Beratung heute vorzunehmen, nicht vorliegt, erfolgt sie auch nicht. - Darauf wird die Beratung des Landwirtschaftsetats fortgesetzt, nachdem noch vorher der Einspruch einiger Hakenkreuzler gegen ihre jüngst erfolgte Ausweisung aus der Sitzung abgelehnt worden war.

Abg. Bergmann (Soz.)

fordert Klarheit über die Weiterzulassung von ausländischem Gefrierfleisch oder sonst über das Versprechen des Ministers, Inlandfleisch zu erschwinglichem Preis zu beschaffen. Die Gefrierfleischeinfuhr soll Ende September aufhören, der Reichstag ist dann noch nicht wieder versammelt, die arbeitenden Massen verlangen die Sicherheit, erschwingliches Fleisch kaufen zu können. Im Ausschuss hat der Minister seine Absicht erklärt, das Einfuhrscheinwesen zu bremsen. In den letzten Wochen ist so viel Schweinefleisch und Schinken besonders nach Frankreich ausgeführt worden, dass deutscher Schinken in Paris um 22½ Pfennige billiger ist als bei uns. Das erreicht man mit den Einfuhrscheinen. Eine sonderbare Unterstützung der Landwirtschaft, bei der diese 22½ Pfennige in den Taschen des Handels verschwinden. In der gleichen Zeit ist die Schweinezufuhr auf die deutschen Märkte erheblich gesunken. Nicht mit Einfuhrscheinen, sondern nur durch Hebung der Kaufkraft ist der Landwirtschaft zu helfen. Dieselben Parteien aber, die hier über die Not der Landwirtschaft jammern, treten für den Lohnabbau ein. Nur Lohnerhöhung kann die Kaufkraft der Massen steigern. (Sehr wahr! links)

Der Minister hat die Absicht geäussert, einen Zwang zur Verarbeitung deutscher Fette in der Margarinefabrikation einzuführen. Es wird bestimmt nicht leicht sein, besonders bei einer solchen Sommerhitze, das durchzuführen. Selbst eine Reichsmargarinefabrik würde mit dem geschützten deutschen Fett nur ein Produkt erzeugen, für das Abnehmer kaum zu finden wären. Zwang kann eben in diesen Dingen nichts ausrichten.

Der Minister hat uns aufgefordert, unseren Antrag auf Streichung des Reichszuschusses für die Schlachtviehmärkte zurückzuziehen. Das tun wir keineswegs. In diesem Jahr sollen 6 Millionen, im nächsten 8 und im übernächsten 10 Millionen dafür ausgegeben werden. Die Förderung vollzieht sich auf die Weise, dass die damit beauftragten landwirtschaftlichen Organisationen jene Viehgattungen und Waren kaufen, nach denen Nachfrage besteht, die also ohnehin ihren Preis halten. Die anderen Waren aber werden nicht aufgekauft, und da wird keine

Stützungsaktion betrieben. Sie (nach rechts) haben zahlreiche Bauernstimmen durch das Versprechen gewonnen, dass eine Regierung der "Frontkämpfer" einen hohen Schweinepreis bedeute. Nun verlangt die Bauernschaft, dass Sie die Schweinepreise hochhalten wenn Sie schon nichts anderes halten (Heiterkeit links). Heute sind wieder zwei agrarische Interpellationen mit allen nur denkbaren Forderungen eingebracht worden. Ich vermisste darin nur das Verlangen nach einem Verbot des Wachsens von Roggen, Weizen, Hafer, Gerste und allen anderen Bodenprodukten, um so die Preise hoch zu halten! (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Hemeter (Dnat) behandelt noch einmal ausführlich die niedrige Rentabilität und die hohe Zinsen- und Steuerlast der Landwirtschaft.

Abg. Warnke (Z): Im Gegensatz zum Abg. Hergt bin ich der Meinung, dass es unmoralisch ist, Ausgaben für den Osten zu beschliessen, ohne die Deckung zu sichern. Der Redner beschwert sich über den Mangel an konfessioneller Parität bei der Siedleransetzung. In Gemeinden, die durch die Grenzziehung zerschnitten seien, müssten aus kulturpolitischen Gründen neue Kirchen gebaut werden. Der polnische Korridor müsse einmal mit friedlichen Mitteln in der Zukunft beseitigt werden.

Abg. Hillebrandt - Schlesien (DBp): Der deutsche Bauer steht treu zur neuen Staatsform, aber nur solange er in diesem Staat leben kann. Die Sachverständigen für die Not der Landwirtschaft um Hugenberg haben nicht das Vertrauen der Bauernschaft, denn sie wollen auf dem Rücken der landarmen Bauern die Magnatenherrschaft mit den Geldmitteln des Ostprogramms wieder aufrichten. Der Redner verlangt die Wiedergutmachung des Landraubs der fälschlich sogenannten Bauernbefreiung und des "Bauernlegens" vor 100 bis 150 Jahren. Wir vermissen eine Antwort des Ministers auf die Anklagen des Staatskommissars Abg. Rönneburg gegen die Bevorzugung des Grossgrundbesitzes durch die Ostpreussenhilfe. Wir wenden uns gegen die Art und Weise, die der Landbund durch Versendung von Kreditbedarfs-Fragebogen ein Wettrennen um die Staatsunterstützung organisiert.

Abg. Mathilde Wurm (Soz):

Der Minister beschuldigt die sozialdemokratischen Anträge, die vernachlässigten die Veredelungswirtschaft. Wir haben gerade im Interesse dieser Veredelungswirtschaft immer wieder die Zollherabsetzung für Futtermittel verlangt. In der kapitalistischen Wirtschaft ist es unmöglich, wie der Minister vorgibt, jedem Berufsstand helfen zu wollen. Entweder fördert man die Milchwirtschaft oder die Fleischwirtschaft, beides zugleich ist unmöglich. Wir bedauern, dass wir infolge der verspäteten Einbringung des sehr wichtigen Milchgesetzes jetzt vor seine Durchpfeitschung gestellt sind. Das Gesetz, das wir immer wieder gefordert haben, ist von den Länderregierungen über Jahre hinaus verschleppt worden. Wir beantragen die Zurückstellung des Gesetzes bis nach den Sommerferien. Der Minister hat nicht mitgeteilt, was aus seiner Käseaktion geworden ist. Der bayerische Minister Fehr hat im Münchner Landtag heftige Kritik an diesen Käseplänen geübt und die wichtige Rolle der GEG bei der Sicherung eines geregelten Absatzes der Allgäuer Milchprodukte anerkannt. Die von uns beantragte Aufhebung des Vermahlungszwanges für Inlandweizen kann nicht mit dem Hinweis auf zu niedrige Weizenpreise bekämpft werden. Die ungeheuer hohen Zölle verhindern jede Auswirkung des niedrigen Preisniveaus für Weizen auf dem Weltmarkt. Eine Stabilisierung der Preise kann im Kapitalismus nur durch ein Monopol gesichert werden. Auch zu dieser Erkenntnis hat sich der bayerische Minister Fehr kürzlich bekannt, leider reichlich spät. Inlandsweizen ist überhaupt nicht mehr vorhanden. Der Weizenpreis in Deutschland ist $1\frac{1}{2}$ mal bis doppelt so hoch, wie der Weltmarktpreis. Die Mühlen können den Preis von 320.- bis 350.- Mark pro Tonnen nicht bezahlen und müssen zum grossen Teil stilllegen. Ein Mitglied des Landbundes hat gesagt, mit dieser Mühlenstilllegung müsse man sich eben abfinden. So sieht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Brüning-Regierung aus, der der Präsident des Landbundes angehört. Wir halten es für besser, dass die Mühlen überhaupt Weizen vermahlen, wenn auch Auslandsweizen, anstatt still zu liegen. Die hier so oft beklagte Senkung des Getreidepreises hat bis jetzt noch nie

aussér bei den Konsumgenossenschaften eine Senkung des Brotpreises bewirkt. (Abg. Drewitz: Das ist nicht wahr!) Herr Abg. Drewitz, wenn Sie die Preistabellen für das berliner Brot ansehen, so werden Sie sehen, dass Sie die Unwahrheit sprechen. Sie wollen "nur" unehrliche Hetze gegen die Konsumvereine betreiben. Das wird den Konsumvereinen aber nur zu einem neuen Aufstieg verhelfen. Der Zweck des Vermahlungszwanges, der Landwirtschaft zu helfen, wird völlig entstellt, wenn allein der Handel noch Weizen in der Hand hat. Wenn noch Weizen in erster Hand vorhanden sein sollte - und das wurde hier bestritten - so leiden diese Landwirte, die aus Spekulationsgründen den Weizen bis Juni zurückhalten können, bestimmt keine Not.

Der Minister hat bedauert, dass das Roggenbrotgesetz noch nicht geschaffen werden konnte. Wir haben uns im Ausschuss bereit erklärt, das Gesetz mit Ihnen zu machen. Aber Ihre deutschnationalen Freunde haben dort gegen das Gesetz gestimmt. Im Ausschuss haben sich diese Bauernfreunde enthüllt, die wegen ihrer Bundesgenossen, der Herren Bäckermeister Bienert und Drewitz, denen die Einführung des gesetzlichen Brotpreises nicht passte, das ganze Gesetz ablehnten. Wir Sozialdemokraten haben gezeigt, dass wir den Bauern helfen wollen - Allein in der Brotverbilligung sehen wir den wesentlichen Anreiz zum erhöhten Roggenbrotverbrauch. Die Zahlen des Ministers, die er als Unterlage für die niedrigen Agrarpreise brauchte, sind sehr sorgsam ausgewählt. Die Mehlpreise sind zwar in letzter Zeit ein wenig gesunken, doch die Kartoffelpreise, die für die Arbeiterschaft noch weit wichtiger sind, haben diesen Rückgang vielfach kompensiert. Der Minister hat ein platonisches Bekenntnis zur Verminderung der Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen abgelegt, wirkliche Massnahmen hat er nicht vorgeschlagen. (Bravo bei den Soz!)

Um 3/4 19 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf heute, 10 Uhr.